

Amer Tageblatt

Druckungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Die Druckerei- und Anzeigenverwaltung des Erzgebirges, 24. Jahrgang, 1929, Nr. 51, Freitag, den 1. März 1929.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 51

Freitag, den 1. März 1929

24. Jahrgang

Koalitionsbesprechungen beim Reichskanzler

Auch der Mittwoch hat wieder keine wesentliche Förderung des Koalitionsproblems gebracht. Wohl hat die angeforderte Besprechung des Reichskanzlers mit Dr. Stresemann und Dr. Scholz stattgefunden, in der die völksparteilichen Führer den Standpunkt vertraten, daß die Volkspartei bereit sei, sich an eine Regierung der Großen Koalition fraktionsmäßig zu binden, wenn ihren sachlichen Forderungen, d. h. vor allem in finanziellen Fragen, Rechnung getragen würde. Der Kanzler hat von dem Inhalt dieser Besprechungen den Zentrumsführern Kaas und Stegerwald Mitteilung gemacht, ohne daß sich aus dieser Besprechung irgendwelche Folgerungen ergeben hätten.

Für heute, Donnerstag, ist nun eine gemeinsame Besprechung aller für die Große Koalition in Frage kommender Parteien beim Kanzler vorgesehen, doch beurteilt man in gut unterrichteten politischen Kreisen die Aussichten für diese Verhandlungen nicht eben sonderlich günstig, da die Meinungsverschiedenheiten allzu groß sind. Unter diesen Umständen ist es nicht weiter verwunderlich, daß immer wieder von der Notwendigkeit einer Initiative des Reichskanzlers gesprochen wird.

Es mehren sich nach dem Eintritt der Abenddämmerung im Reichstag die Stimmen, daß Reichskanzler Müller sich in das Palais des Reichspräsidenten begeben möge, um ihn zu bitten, drei Reichsminister zu ernennen, die dem Zentrum angehören. Ist die Große Koalition formell wieder hergestellt, stift sie auf dem Pferde, dann wird sie schon reiten können. So nimmt man wenigstens an. Es steht außer Frage, daß starke Kräfte am Werke sind, um den Reichskanzler zu veranlassen, in dieser Weise eine vorläufige Lösung der Krise herbeizuführen.

Zu dem Kampf um das System gegen das germanische Erbübel

Die Kommunisten werden im allgemeinen nicht mehr ernst genommen und die nationalsozialistischen Arbeiterpartei glaubt man mit Recht jetzt noch nicht ernst nehmen zu müssen. Anders ist es um die Deutschen nationalen bestellt, die unter Eugenbergs Führung den schärfsten Kampf eröffnen, um das parlamentarische System in deutschen Völkern zu Fall zu bringen. Symptomatisch hierfür will uns scheinen, daß Geheimrat Quast, einer der persönlichen Adjutanten Eugenbergs, dieser Tage auf dem Volkströner Paritätstag der Württembergischen Deutschnationalen für das Jahr 1929 die Diktatur im Deutschen Reich voraussetzte und einen völligen Zusammenbruch des parlamentarischen Systems, das die Deutschnationalen einstimmig rückwärtslos bekräftigen werden. Nach Quast ist die Zeit gekommen, um dem parlamentarischen System den Todesstoß zu versetzen. Die Folgen derartiger Auslassungen für unsere deutsche Wirtschaft und unsern Kredit im Ausland können unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen nur als verheerend charakterisiert werden.

Umso erfreulicher ist die Rede Dr. Stresemanns vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei am Dienstagvormittag. Stresemann sprach hier formell als Parteiführer, wer sich aber die Mühe gibt, seine Rede gründlich zur Kenntnis zu nehmen, wird unsere Auffassung teilen, daß hier kein selbstsüchtiger Parteimann, sondern ein weitblickender Staatsmann sprach, der nicht nur seiner Partei, sondern allen Parteien und ihren Führern den ganzen Ernst der Stunde, die schwere Verantwortung, die auf ihnen ruht, und die Pflichten, die sie zu erfüllen haben, scharf zum Bewußtsein brachte. Daffur gebührt ihm nicht Kritik und kleinliche Vorwürfe, sondern der Dank aller Vaterlandsfreunde, in welchem parteipolitischen Lager sie auch immer liegen mögen. Sollten die Ermahnungen Dr. Stresemanns wie die Stimme eines Rufenden in der Wüste verhallen, dann wird es Zeit, daß der Reichspräsident von Giezenburg ein entscheidendes Machtwort spricht.

An den Massen des Volkes aber liegt es, in diesen Krisenzeiten nicht an sich selbst und seiner bisherigen Überzeugung irre zu werden. Wir brauchen eine Vereinfachung unseres Parteiwesens. Sie herbeizuführen, ist fraglos an erster Stelle die Pflicht der seitherigen Führer. Wir wehren uns dagegen, daß es so bleiben muß, wie es schon bei den alten Germanen war und wie es dann durch die Jahrhunderte hindurch bis auf uns herab geblieben ist, daß nämlich die deutschen Parteien und Führer sich gerade in den Notzeiten unseres Volkes am schärfsten bekämpfen und dadurch dem Vaterlande unheilbaren Schaden zufügen.

Chinas Austritt aus dem Völkerbund beantragt

Im Verlauf einer Sitzung des politischen Zentralrats in Peking beantragte der Außenminister Sunfo, daß China aus dem Völkerbund austritt. Der Zentralrat beschloß, die Frage dem nächsten Parteitag der Nationalistischen Partei zur Entscheidung zu unterbreiten.

Die Pariser Verhandlungen

Ein englischer Versuchsballon

Nach dem Abschluß der allgemeinen Aussprache befand sich die Pariser Reparationskonferenz eingehend mit dem Transferproblem. Bei diesem Anlaß kam man auf die Idee, die deutsche Jahreszahlung in zwei Teile zu zerlegen, nämlich in einen transferfreien und in einen transfergeschuldeten Betrag. Im Anschluß daran wurde das Problem der deutschen Sachlieferungen untersucht. Aus diesem Tatbestand zog der Pariser Sonderberichterstatter der Londoner „Times“ den naheliegenden Schluß, daß die deutsche Jahreszahlung wahrscheinlich in drei Teile zerlegt wird.

Die englische Vermutung steht bei näherer Betrachtung also aus: die deutschen Jahreszahlungen, die von Jahr zu Jahr verschieden groß sein können, setzen sich aus drei Teilen zusammen. Ein Betrag besteht aus einer in Gold zu bezahlenden und genau festgelegten Summe, die von dem Deutschen Reich zu bezahlen ist, wie immer auch die Wirtschaftslage des Reiches aussehen mag. Für sie erhält jedoch das Deutsche Reich den Anspruch auf ein zweijähriges Moratorium, ähnlich wie dieser Anspruch in dem interalliierten Schuldenabkommen mit Amerika für Großbritannien und Frankreich vorgesehen ist. Ein zweiter Betrag soll wie bisher der Transferkontrolle unterworfen bleiben, in seiner Höhe aber wechseln und von dem Wirtschaftslage des Deutschen Reiches abhängig sein. Der dritte und letzte Teil des Gesamtbetrages sollte dann aus Sachlieferungen bestehen. Man weiß, daß die Deutschen Sachleistungen im verflochtenen Jahre 700 Millionen RM erreichten und rechnet damit, daß sie auf Grund der abgeschlossenen Sachverträge in diesem Jahre auf nahezu eine Milliarde RM steigen werden.

Die deutschen Jahreszahlungen würden nach der Auffassung der „Times“ sich auf etwa 2 Milliarden RM belaufen, jedoch erhöht werden, wenn die Handelsbilanz des Deutschen Reiches sich aktiv gestaltet. Privatisiert und kommerzialisiert könnte natürlich nur der Teil der gesamten Jahressumme werden, der transferfrei ist. Für ihn sollten Bonds ausgegeben werden, die von einer internationalen Abwehrschaft verwaltet würden, die gleichzeitig das Recht erhielte, das Deutsche Reich zur Ausgabe dieser Bonds aufzufordern.

Dr. Schacht, der deutsche Verhandlungsführer, hat zum großen Kummer der Engländer bis jetzt äußerst vorsichtig taktiert und es vornehmlich unterlassen, irgend eine Zahl zu nennen, die für das Deutsche Reich als feste Jahreszahlung in Betracht kommt. Unbedeutend sollte er gelegentlich einmal von 800 Millionen in Wert gesprochen haben, doch würden seine Kollegen auf der Reparationskonferenz diese Summe ernstlich überhaupt nicht in Betracht ziehen. Der Sonderberichterstatter der Londoner „Times“ klopfte auf den Busch. Er zeigte sich,

wie aus seinen bisherigen Berichten hervorgeht, nicht in jedem Falle besonders gut unterrichtet. In diesem Falle sagt uns ein politisches Fingerzeigegebild, daß er einen Versuchsballon steigen läßt, wohl nicht ohne Anregung von interessierter Seite, um Dr. Schacht aus dem Busch herauszuloden oder wie die Berliner zu sagen pflegen, mit einer Banane aus dem Urwald herauszuloden. Dies dürfte ihm schwerlich gelingen.

Die Reparationskommission in Paris selbst verzichtet gegenwärtig auf Vollkationen und begnügt sich mit Beratungen in zwei Ausschüssen, dem Kommerzialisierungsausschuß und dem Sachlieferungsausschuß. Dem ersteren gehört von der deutschen Vertretung Dr. Melchior und dem letzteren Dr. Böglert an. Die Besprechungen des Sachlieferungsausschusses stehen in keinem Zusammenhang mit der Dreiteilung der deutschen Jahreszahlungen, von der die Londoner „Times“ erzählen. Sie befinden sich auch nicht in unmittelbarer Verbindung mit der Hauptfrage des Transfereschuldes. Wohl aber sind sie zurückzuführen auf die gegenwärtigen Interessen der Engländer und Franzosen. Den Engländern wäre es am liebsten, wenn die Sachleistungen, besonders die Kohlenlieferungen, möglichst völlig eingestellt würden. Zu dem Zweck hat die englische Presse in der letzten Zeit einen Feldzug gegen die deutschen Kohlenlieferungen eröffnet, der hinsichtlich seines Zweckes an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Die Stellung der Franzosen zum Sachlieferungsproblem ist wesentlich anders. Die Franzosen erhalten auf Grund des Dawesplans gegenwärtig 2,25 Milliarden Franken in bar, 2,3 Milliarden Franken als Sachleistungen, die unmittelbare Subsidienmaßnahmen bedeuten und weitere 3 Milliarden Franken Sachleistungen für produktive Zwecke, die aber dem Staatsbudget keinerlei Einnahmen bringen. Nun tragen die französischen Verpflichtungen an England und die Vereinigten Staaten auf Grund der getroffenen Vereinbarungen so, daß in absehbarer Zeit Frankreich an England und Amerika etwa 8 Milliarden Franken zu entrichten hat, während es aus den deutschen Jahreszahlungen für seinen Staatshaushalt nur 4,85 Milliarden Franken bezieht. Es hat daher ein lebhaftes Interesse daran, daß die sogenannten nicht zahlenden Sachleistungen in zahlende Sachleistungen verwandelt werden, wenigstens zur Hälfte, jedoch sie dem Budget zugute kommen. Zur Vereinfachung der englisch-französischen Beziehungen ist jetzt der Sachlieferungsausschuß eingesetzt worden, dessen Arbeit von der französischen Regierung mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt wird.

Der Zwingherr

Verbotene Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Mainz.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstags-Sitzung stand die Zentrums-Interpellation über den Bau von drei Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Mainz. Reichsverkehrsminister Dr. Schädel führte dazu u. a. aus: Die Reichsregierung ist sich mit dem Reichstag einig über das Bedürfnis des Baues der drei Eisenbahnbrücken von Mannheim, Speyer und Mainz. Sie hat bereits seit zwei Jahren die erforderlichen Mittel in den Haushalt eingesetzt und den Bestimmungen des Rheinlandabkommens entsprechend, die erforderlichen Erlöse an die Rheinlandkommission gerichtet, die die Angelegenheit an die Reichsministerkonferenz weitergegeben hat. Seitdem ist von der Reichsregierung keine Gelegenheit veräußert worden, bei der Reichsministerkonferenz vorstellig zu werden, damit diese das Rheinland schwer bedrückende, unausschiebbare Aufgabe mit allen Mitteln gefördert wird. Die Unfälle, namentlich Eisenbahnunfälle, die sich aus der weiteren Hinausschiebung des Baues der Brücken ergeben dürften, müssen der Befugungsbehörde zur Last fallen.

Die Minderheitenfrage für England ohne Bedeutung

Chamberlains Genfer Rede in Frage gestellt

Reuter erfährt: Angesichts der Unpäßlichkeit Sir Austen Chamberlains, der infolge einer Erkältung an sein Zimmer gefesselt ist, ist zurzeit nicht sicher, ob er am nächsten Sonnabend nach Genf reisen wird, um an der Zusammenkunft des Völkerbundesrates teilzunehmen, wie er es ursprünglich geplant hatte. Die Tagesordnung der Ratstagung enthalte keine Punkte von besonderer Bedeutung, und die Hauptfrage, die zur Erörterung stehe, sei die der Minderheiten. Auch Press-Association bestätigt, daß erklärt wurde, es sei zurzeit unmöglich, zu sagen, ob Chamberlain wohl genug sein werde, London zum Besuch der Ratstagung zu verlassen. Es sei hinzugefügt worden, es seien keine Vorkehrungen getroffen worden, damit ein anderer Minister anstelle Chamberlains geht, wenn er tatsächlich unpaßlich sein wird.

Ost-Europa

Schieberei an der polnisch-litauischen Grenze

Einer Meldung des „Dziennik Wlenski“ zufolge kam es am letzten Sonntag in einem an der polnisch-litauischen Grenze gelegenen Walde zu einer Schieberei zwischen einer polnischen und einer litauischen Streikwache. Die polnische Streikwache soll nämlich versucht haben, litauische Bauern, die auf polnischem Gebiet Holz fällten, daran zu hindern und, als die Bauern sich mit ihren Ketten zur Wehr setzten, diese zu entwandern. Hierbei habe die litauische Streikwache zugunsten der litauischen Bauern eingegriffen. Nach längerer Schieberei hätte sich dann die Patrouille unter Zurücklassung eines Toten auf litauisches Gebiet zurückgezogen.

Schweres Rodelunglück

In einem der Außenbezirke Frankfurts a. M. fuhr gestern nachmittag an einer abschüssigen Straße ein mit vier Jungen besetzter Rodelschlitten gegen einen eisernen Hochspannungsmaß. Ein neunjähriger Knabe erlitt einen schweren Schädelbruch und war sofort tot, während die übrigen im Alter von 12 bis 13 Jahren stehenden Knaben Beinbrüche und Kopfverletzungen davontrugen. Sie wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Noch immer diese Lügen!

Verjährung einer neuerrundenen Kriegsgrenze

Der Leiter der französischen Giftgasstelle während des Krieges, Dr. Paul, tritt in der „Liberte“ nachdrücklich gewissen Behauptungen des englischen Arztes Sir Berkeley Mohnikan entgegen, der sich dieser Tage erlaubt hatte, zu versichern, Deutschland habe während des Krieges Giftgaszellen zur Fällung von Giftgas verwendet. Dr. Paul erklärt, daß das unter seiner Leitung stehende Versuchslaboratorium dauernd Giftgas- und Flugzeugbombenplitter der Analyse und Untersuchung unterworfen, aber niemals die geringste Spur von Giftgas entdeckt habe.

Die Hafensarbeiter kündigen das Lohnabkommen

In Ausführung des Beschlusses einer in Bremen stattgefundenen Hafensarbeiterkonferenz ist nach einer Meldung aus Hamburg das Lohnabkommen der Hafensarbeiter zum 1. März gekündigt worden. Die Forderungen der Hafensarbeiter lauten auf Erhöhung von acht Prozent.

Severing über den Stahlhelm

Der Haushaltsauschuß des Reichstags setzte gestern die zweite Lesung des Etats des Reichsministeriums des Innern fort.

Die Regierung muß darauf halten, daß der Eid, den die Beamten der Republik geleistet haben, auch gehalten wird, und ich freue mich, daß sich auch die beiden berufenen Führer des Stahlhelms dazu bekennen haben.

Der Steinfelder Memorendprozess

Rechtsanwalt Koch stellte zu Beginn der gestrigen Verhandlung im Memorendprozess Heines einen Beweisantrag, den Justizminister Schmidt zu laden.

Aus Stadt und Land

Mitt, 28. Februar 1929

Wetterbericht.

Bis das mittlere Norddeutschland. Großenteils heiteres Wetter bei schwacher Luftbewegung, nichts sehr kalt, am Tage Witterung der Kälte.

Bis das übrige Deutschland.

Beständiges, meist aufheiterndes Wetter mit sehr kalten Nächten.

Am nächsten Montag wieder

Stadtverordnetenversammlung

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Rat den Stadtverordnetenversammlung gebeten, zum nächsten Montag eine Stadtverordnetenversammlung einzuberufen.

Zehnfache Wagenstandsgelder

Um den Wagenumlauf zu beschleunigen und die Wagen für den allgemeinen Verkehr frei zu bekommen, ist schnellste Be- und Entladung aller Wagen dringend geboten.

Der Reichsbund Deutscher Techniker, Ortsgruppe Aue und Umgebung

Hält am Sonnabend, 2. März abends um 8 Uhr im Café Tremper, oberes Vereinszimmer, seine Monatsversammlung ab.

Der Lichtbildervortrag des E. S. „Die Naturfreunde“

am 2. März in der Oberrealschule findet wegen ungenügenden Raumes nicht statt.

Immer noch steigende Arbeitslosenzahl

Der Arbeitsmarkt in Sachsen.

Die allgemeine Arbeitslosigkeit ist noch nicht zurückgegangen. In der ersten Februarhälfte hat die Zahl der untersten Arbeitslosen um 7071 Personen zugenommen.

Zeugen sollten bekunden, daß damals nur gegen diejenigen Schuldigen ein Verfahren eröffnet wurde, deren Taten in der Öffentlichkeit bekannt waren.

Rechtsanwalt Prof. Dr. Grimm stellte auch seinerseits einen Beweisantrag für den Fall, daß die Amnestie gegen die Angeklagten nicht zur Anwendung kommen sollte.

Rechtsanwalt Freiherr v. d. Holz, der Verteidiger des Angeklagten Otto, stellte einen Beweisantrag, daß auch bei der Staatsanwaltschaft teilweise damals die Praxis geübt wurde.

Der Lohnsatz der Reichsbahn gekündigt

Drei „Vorwärts“ haben die Gewerkschaften das Lohnabkommen mit der Deutschen Reichsbahn zum 31. März gekündigt.

Frieders soll verheiratet sein

Wie wir aus Weimar erfahren, hat die thüringische Regierung trotz nachgewiesener Hilfsbedürftigkeit der Familie des früheren Oberstaatsanwalts Dr. Frieders noch keine Entscheidung über Zuerkennung der erbtenen Teilpension getroffen.

Umfange der Arbeitslosigkeit bei. In der Landwirtschaft besteht die Zurückhaltung in der Einstellung von Arbeitskräften infolge des strengen Winters weiter.

Schlüslicht für Ketter

Der Deutsche Automobil-Ortsgruppe Dresden, hat an das Dresdner Polizeipräsidium eine Eingabe gerichtet, in welcher um Erlass einer Verfügung gebeten wird.

„Freie Fahrt“

In Automobilkreisen herrscht, wie die Erfahrung lehrt, vielfach noch die falsche Auffassung, daß das Zeichen des Verkehrszeichen „Freie Fahrt“ unter allen Umständen eine Aufhebung der Weiterfahrt bedeutet.

Ausstellung von Erfindungen und Neheiten.

Der Deutsche Erfinder-Schutzverband e. V., München (gegr. 1912), veranstaltet während den kommenden Bestimmungen in Leipzig und Frankfurt wieder seine bekannten Spezialausstellungen zum Verkauf von Patenten.

immer lähmender aus. Die außergewöhnliche Frostperiode, wie sie seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen war, zwingt nicht nur sämtliche Außenberufe rastlos zur Arbeit.

Neben dem konjunkturellen Rückgang, der vor allem in den beiden sächsischen Hauptindustrien des Spinnstoff- und des Metallgewerbes bemerkbar ist, trägt jedoch das Frostwetter mit seinen verheerenden Begleiterscheinungen zu dem bedingungs-

Vor einer Massenforderung von Handel und Gewerbe

Versammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung

Die Wirtschaftliche Vereinigung für Handel und Gewerbe des Erzgebirges hatte die Mitglieder ihrer Gruppen Handwerk und Handel für Montag zu einer Versammlung im Restaurant Rüdental zusammengerufen.

Luftstraßen über sächsischem Straßenland

Die Städte erließen in dieser Postwertung lediglich die Ausübung ihres Rechtes als Privateigentümer des Straßenlandes und glaubten damit ihre Forderung begründen zu können.

Aufklärungs- und Notwendigkeit des gewerblichen Mittelstandes.

Wie bereits die Landwirtschaft große Notwendigkeit veranlaßt habe, sei es auch notwendig, daß der gewerbliche Mittelstand in Massenfordernungen seine klare Einstellung gegen das Steuervermehrungsgeheiß und alle mit neuen Lasten für die Wirtschaft verbundenen, dem Reichstag vorliegenden Beschlüssen zum Ausdruck bringe.

Nachdruck verleiht und gleichzeitig bekundet, daß er geschlossen hinter seiner ökonomischen und hinter seiner Spitzenorganisation steht.

Recht, zündenden Beifall gefunden. Die Veranstaltung am 17. März würde sicher einen Massenbesuch aufweisen und ein bereichs weises Zeugnis abgeben, welche festen Zusammenhang des gewerblichen Mittelstandes die Vereinigung in ihrem umfangreichen Bezirke in den wenigen Jahren habe schaffen können.

Gewaltige Massenfordernungen

Nachdruck verleiht und gleichzeitig bekundet, daß er geschlossen hinter seiner ökonomischen und hinter seiner Spitzenorganisation steht.

Dann sprach Dr. Roggendorf über die Ausfüllung der verschiedenen Steuererklärungen unter dem Motto: „Von der Wiege bis zum Grab“, schreibt der Deutsche Formulare.

In einer antwortenden Ansprache wurde noch eine Anzahl Fragen beantwortet, die Zeugnis davon ablegen, daß die Anwesenden den Ausführungen mit Interesse gefolgt waren und die einen Beweis dafür lieferten, daß Aufklärung nach wie vor fast not tue.

in ihrer in Blauen mit Reichshauspoliten zur Beschäftigung...

Trotz der der Wirtschaften Wahrung die Fortschreiten auf ernst gestiegen. Handel in empfindlich gel...

Die deutliche Steuerlichen Bel... muß die Belangen, zumal in...

In Heberer Industrie- und führung hebet...

Die Banktag einen Antruch wird, eine Wehrbeitragende...

Der Deutsche aufschreiben f... Welche durch...

28. Februar ab... meindeamtes off... noch bei überf...

Bodau. Orts... ner Gemeinhin...

Bodau. E... gen Feuerwe... Bestand von 68...

Schneeberg... Rostmangels ein...

Mühlh. E... neten. Man... forderung eine...

Gegen die neuen Steuern

Bessere Sparsamkeit gefordert

In ihrer letzten Besamfung hat sich die Handelskammer in Plauen mit den neuen Steuervorlagen befaßt, die das Reichsfinanzministerium zur Deckung des Fehlbetrages im Reichshaushalt aufgestellt und den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung vorgelegt hat. Auf Grund einer eingehenden Aussprache gelangte sie zu nachstehender Entschlußung, die den in Betracht kommenden Stellen zur Berücksichtigung zugeleitet worden ist.

Entschlußung der Handelskammer Plauen zu den neuen Steuervorlagen des Reichsfinanzministeriums

Trotz der wiederholten eindringlichen Warnungen seitens der Wirtschaftsvertretungen sind seit der Stabilisierung der Wahrung die Anforderungen der öffentlichen Hand an die Unternehmen auf sozialpolitischem und steuerlichem Gebiet dauernd gestiegen. Der zunehmende Steuerdruck hat Industrie und Handel in ihrer Entwicklung sowie Wettbewerbsfähigkeit empfindlich gehemmt und die an sich unbedingt gebotene Kapitalneubildung unmöglich gemacht. Hinzu kommt, daß Einzelwünsche auf steuerlichem Gebiet, wie die Veranlagung nach dem dreijährigen Durchschnitt, die angemessene Regelung des Schuldabzuges bei Ermittlung des Geschäftsgewinns und eine den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasste Verringerung der Abschreibungsbestimmungen, bisher keine Berücksichtigung gefunden haben.

Die deutsche Wirtschaft ist längst an der Grenze ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit angelangt; jede neue Belastung muß die Leistung der gewerblichen Betriebe weiter beeinträchtigen, zumal in der Zeit einer rückläufigen Konjunktur. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß die fortgesetzten Erhöhungen des Steueraufkommens bei den Reparationsgläubigern ein zweifelhaftes Bild über die finanzielle Kraft des deutschen Volkes hervorzuheben müssen. Unter allen Umständen ist daher im Interesse der Aufrechterhaltung der heimischen Wirtschaft von der Einführung neuer oder der Erhöhung bestehender Steuern Abstand zu nehmen.

In Uebereinstimmung mit dieser — auch vom Deutschen Industrie- und Handelskongress vertretenen — grundsätzlichen Auffassung lehnt die Kammer die in Aussicht genommene Erhöhung der Biersteuer ab. Denn durch diese Maßnahme

würden nicht nur die unmittelbar hiervon betroffenen Gewerbe, also die Brauindustrie und das Gastwirts-gewerbe, sondern auch weitere Kreise der Wirtschaft, insbesondere die an sich schon notleidende Landwirtschaft, erheblich geschädigt. Die gleichen Erwägungen sprechen beim Branntweinmonopol-Gesetz gegen die vorgeschlagene Erhöhung der Destillate-Einnahme von 350 auf 400 RM, zumal da durch die enorme Verteuerung des Trinkbranntweins der Anreiz zum Schmuggel und Schwarzbrennen erhöht wird. Auch der einmalige zwanzigprozentige Zuschlag zur Vermögenssteuer sowie die Veranzugung des überlebenden Ehegatten zur Erbschaftsteuer fordern lebhaften Widerspruch heraus. Darnelst es sich doch hierbei um Belastungen, die das Vermögen treffen, sonach die Kapitalbildung empfindlich schaden würden.

Der Haushaltsplan des Reiches muß unbedingt ohne jede Verschärfung des Steuerdrucks ausgeglichen werden. Zu diesem Zwecke ist es nach Ansicht der Kammer unerlässlich, daß die Ausgaben der öffentlichen Körperschaften auf das äußerste eingeschränkt werden. Hierzu ist daran zu erinnern, daß das Jahr 1929 im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Lage sowie auf den Stand der Reparationsfrage als ein Not- und Uebergangsjahr angesehen werden muß. Als ein weiteres Mittel zur Deckung des Fehlbetrages erachtet die Kammer die schärfste steuerliche Erfassung der erwerbswirtschaftlichen Betriebe der öffentlichen Hand, die nach wie vor auf dem Gebiete der Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer gewisse Vorrechte genießen. Gleiches gilt für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, insbesondere für die Konsumvereine. Schließlich muß mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, daß nach Festsetzung eines gerechtem Verteilungsschlüssels die Steuerüberweisungen des Reiches an die Länder und Gemeinden ohne eine weitere Anspannung der Landes- und Gemeindesteuern eine starke Perabhebung erfahren müssen.

Landtagsantrag

Die Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei hat am Landtag einen Antrag eingebracht, in welchem die Regierung ersucht wird, eine Statistik vorzulegen, aus der die Größe, der Erwerbsbeitrag, die Erwerbsart und die Verwendung des von den Gemeinden in den letzten zehn Jahren erworbenen Grundbesitzes zu ersehen ist.

Überfüllung des Anwaltsstandes

Der Deutsche Anwaltsverein in Leipzig hat ein Preis-schreiben für die beste Arbeit über die Frage erlassen: Welche durch Gesetz oder Verordnung einzuführenden Maßnahmen werden vorgeschlagen, um einer Überfüllung des Anwaltsstandes vorzubeugen? Es wird ein Preis von 3000 RM ausgesetzt. Die Arbeiten sind bis spätestens 1. September d. J. an den Deutschen Anwaltsverein in Leipzig mit dem Titel: „Überfüllung des Anwaltsstandes“ einzureichen.

Wodan. Gemeindevorordnetensitzung

Am 26. Februar abends um 18 Uhr fand im Sitzungssaal des Gemeindevorstandes die öffentliche Gemeindevorordnetensitzung statt und zwar bei überfülltem Zuschauerraum. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung gedachte man durch Aufstehen von den Plätzen des langjährigsten Gemeinderatsmitglieds, Fabrikbesitzer Erdmann Richter, welcher vor einigen Tagen verstorben ist. Das Schneefalladen in den Dorfbach soll in Zukunft etwas sorgfältiger ausgeführt werden und zwar in der Nähe der Brücken. Da die Wasserleitung immer noch nicht den gewünschten Zustand hat, so sollen Sachverständige, welche in der Quellwasserfassung vollständig sachkundig sind, hinzugezogen werden; hauptsächlich betrifft es das weiße Schwammwasser. Bürgermeister Ziegen erwähnte jeden Hausbesitzer, seine Wasserhähne immer in Ordnung zu halten. Bei den Behörden sind über verschiedene Mängel Beschwerden eingegangen, welche den Postamtsleiter Wodan — Aue und juristisch betreffen; im Interesse eines jeden sollen sie umgehend abgeklärt werden. Kenntnis wird genommen von den Wegbauarbeiten für die Sofor Straße, der Verlängerung der Amtszeit des Steueramtschaffers und den Steuerrechnungsarbeiten der Gemeinde. Die Flachlinien-Baupläne für die Bahnhofsstraße, Dorfstraße und Hofstraße wurden genehmigt und sollen weitergegeben werden; dasselbe geschieht mit der Planung für die Bachverlegung an der Bahnhofsstraße. Der Antrag für eine Sonderbeihilfe für Erwerbslose wird in einer Sitzung des Wohlfahrtsausschusses erledigt.

Wodan. Ortsparterre Schiller feierte dieser Tage mit seiner Gemahlin in gesunderlicher Frische die silberne Hochzeit, von allen Seiten wurden ihnen Geschenke und Glückwünsche dargebracht.

Wodan. Tätigkeit der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr im Jahre 1928. Die Wehr hat einen Bestand von 58 aktiven Mitgliedern. — An den 13 Übungen haben sich rund 800 Mann beteiligt. Die Wehr wurde viermal zu Waldbränden alarmiert. Theaterwachen wurden sieben ausgeführt. Das Wöchentliche Ehrenzeichen erhielten die Kameraden Paul Unger, Paul Friedrich, Richard Weich, Ernst Hummel und Emil Dörmann. Bei der Präfung der Wehr am 26. August erhielt sie für ihre Leistungen die Beurteilung „gut“. Dem Adjutanten Max Jumps wurde für seine Hülfsleistung als solcher gedankt.

Schneeberg. Nachdem das Dr. Curt Weitzer-Bad wegen Frostmangels einige Tage geschlossen war, werden jeden Freitag und Sonnabend wieder Bannen-, Dampf- und Lichtbäder abgegeben.

Wodan. Sitzung der Gemeindeverordneten. Man nimmt Kenntnis vom Sachstand betreffend Forderung eines Wohnungsgeldscheins der Gemeinde Grünhübel und vom Antrag der Gemeindeleiterorganisation auf Befreiung bzw. Herabsetzung der Bezirksumlage für finanziell leistungsschwache Gemeinden. Man stimmt dem von der Landesversicherungsanstalt unterbreitetem Aufwahrungs- und Tilgungsplans zu.

nach dem die frühere Schuld von 68000 Mark mit 7700 RM ausgewertet und in 30 Jahresraten getilgt werden. Die bei der Reichsbahndirektion für den Güteragenten beantragte Erhöhung genehmigte diese als Entschädigung für die benötigte Hilfskraft. Gegen den geplanten Bau eines Einfamilienhauses der Frau Wern. Ullmann und den eines Zweifamilienhauses des Herrn Paul Teumer erhebt man keinen Einspruch. Bei den Müllhäusern wird noch eine Straßenlampe angebracht. Die beiden Herren Tischlermeister Weißflug und Solbrig werden mit der Anfertigung der Möbel für den neuen Sitzungssaal in der Schule beauftragt unter Zugrundelegung ihrer abgegebenen Kostenschätzung. Betreffs Versorgung einiger Gebäude in Grünhübel mit Wasser aus der Böhlaer Wasserleitung ist man mit dem von Grünhübel gemachten Vorschlag einverstanden, wonach es die nötigen Bauarbeiten nebst Aufstellung eines Wassermessers übernimmt. Böhla erhöht den Wasserzins um 25 Prozent für diese Abnehmer.

Reichstädt i. Erzgeb. Das Fürsorgeheim Renniger Höhe. Ein von der Gemeindevorordnetensitzung eingeleiteter Ausschuss beschäftigte sich mit den Vorgängen im Fürsorgeheim Rennigerhöhe, wo bekanntlich vor einiger Zeit sich 50 Jüdische entern hatten, die aber in Brand-Erdobsdorf wieder ergriffen werden konnten. Der Ausschuss kam zu der Feststellung, daß den vor kurzem entlassenen Erzieher Ernie die Schuld an den Vorkommnissen treffe. Er soll die Jüdischen selbst zu dem Demonstrationszuge veranlaßt haben.

Chemnitz. Ueberfall. Nach Verlassen seiner Arbeitsstelle in der Borstadt Altkemnitz wurde am Dienstag nachmittag ein 30 Jahre alter Arbeiter von zwei Arbeitsgenossen, die ihm aufgelaurent hatten, überfallen und derart geschlagen, daß er an der rechten Kopfsseite eine schwere Wunde erlitt. Der Ueberfallene mußte in bethäubtem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden.

Chemnitz. Verhafteter Wäfling. Am Montag nachmittag war auf Furth Feldflur eine 19 Jahre alte Arbeiterin von einem Unbekannten, den sie beim Vorübergehen am Aushau nach dem Feldwege von Silberdorf nach Furth gefragt hatte, verhaftet worden. Obwohl der Unhold entkommen war, ist es nunmehr doch gelungen, ihn zu ermitteln und festzunehmen. Es handelt sich um einen hier wohnhaften 28 Jahre alten verheirateten Bauarbeiter, der noch für weitere derartige Ueberfälle in der dortigen Gegend in Frage kommen dürfte. Die Ermittlungen sind noch im Gange. — Som Juge überfahren. Auf dem Bahnhof Gornsdorf wurde ein junger Koch von hier, der mit dem Juge nach Chemnitz fahren wollte, auf ungeklärte Weise von der Lokomotive erfaßt und überfahren. Er erlitt schwere Verletzungen an beiden Beinen und liegt in bedenklichem Zustande in einem Chemnitzer Krankenhaus darnieder.

Frankenberg. Töblich verunglückt. Der über 60 Jahre alte Gefährfahrer Uhlmann wurde, als seine Pferde durchgingen, vom Wagen geschleudert und überfahren. Uhlmann erlitt einen Oberschenkelbruch und schwere innere Verletzungen, denen er im Krankenhaus erlag.

Leipzig. Flugverkehrseröffnung. Die Nordbayerische Verkehrsflug-Gesellschaft wird am 1. März den Flugverkehr wieder auf den Linien Plauen — Jwida — Leipzig und Dresden — Chemnitz — Plauen — Rürnberg wieder aufnehmen. Weiter wird vom 2. bis 9. März ein Messerobierdienst auf den Linien Berlin — Leipzig, Plauen — Jwida — Leipzig, Chemnitz — Leipzig und Dresden — Leipzig eingerichtet.

Leipzig. Der Bau des Messerhotelhochbaues beschließen. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung die Statsvorlage, die zu gründenden Messerhotel-Hochbaues das baureife Schulplatzgrundstück von rund 3200 Quadratmeter Größe zu einem Preise von zwei Millionen Mark zu verkaufen unter Stundung des Kaufpreises. Wegen der baureifen Gestaltung des Geländes soll der Rat dem Stadtverordnetenkollegium eine besondere Vorlage machen. Die Verzinsung des Kaufpreises soll vom sechsten Jahre ab nach dem Reichsbankdiskont erfolgen. Die Tilgung soll in 20 Jahren geschehen sein. — Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte die Statsvorlage über die Umgestaltung des Hauptbahnhofsvorplatzes. Nach dieser Vorlage ist die Legung von zwei Schienenpaaren für die Straßenbahn, sowie Anlage eines Fußgängerunnels vorgesehen. Der Gesamtaufwand beträgt 1 482 000 Mark. Die Stadtverordneten ersuchen den Rat, die Arbeit möglichst in drei Schichten durchzuführen und hierüber mit den Berufsvereinen sofort zu verhandeln. In Anbetracht der außerordentlich gespannten Finanzlage der Straßenbahn hat der Rat der Straßenbahn einen Betrag von sieben Millionen Mark aus Mitteln der jetzt aufgelegten Leipziger Städteanleihe von 1929 zur Verfügung gestellt.

Leipzig. Erfroren. Am Montag früh ist auf der Straße von Rudert nach Schwand der in Schwand in Stellung befindliche 36 Jahre alte Landarbeiter Wolfgang Borkert bewußtlos aufgefunden worden. Er war in betrunkenem Zustande in den tiefen Schnee, der in der Nacht gefallen war, geraten und darin stecken geblieben. Er starb im Laufe des Vormittags.

Leipzig. Raubwarendiebe gefaßt. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, zwei schwere Raubwarendiebstähle der letzten Zeit aufzuklären und die Diebe zu verhaften. Es handelt sich um den 33 Jahre alten Kürschner Richard Winkler und den 42 Jahre alten Maurer Max Kuttcher. In dem einen Falle wurden aus einem Raubwarenlager auf der Ritterstraße, in das die Diebe durch Nachschlüssel eingedrungen waren, Raubwaren im Werte von 22 000 RM gestohlen. Im zweiten Falle hatten die Diebe auf dem Magdeburg-Thüringer Güterbahnhof aus einer Kiste Wisamfelle im Werte von mehr als 48 000 RM gestohlen und durch Fiegelsteine und Holzwolke erfaßt. Ein großer Teil der gestohlenen Raubwaren wurde in einer geheimen Niederlage in der Gerberstraße gefunden. Kuttcher ist geständig. Winkler will die Felle gekauft und die noch fehlenden weitergehandelt haben, jedoch ist auch er überführt. Beide Diebe sind mit Zuchthaus vorbestraft.

Dresden. Blutige Kleider im Schnee. Vor dem Eingang des Friedhofes in Gorbis wurden vor einigen Tagen ein Damenkleid und drei Schläpfer aufgefunden, die in Packpapier eingewickelt, teilweise zerrissen und stark mit Blut besudelt waren. An der Fundstelle war eine Blutlache im Schnee. Vermutlich rührt das Blut von einer Geburt her.

Dresden. Hundesänger! In den letzten Tagen sind zahrelche Hunde, die vor Grundstücken auf ihre Besitzer warteten, spurlos verschwunden. Man nimmt an, daß die Tiere von einer Person weggenommen wurden, die den Hundesang im großen betreibt.

Madeberg. Mord am Arbeitsplatz. Am Dienstagmorgen wurde in den Arbeitssälen der Möbelfabrik Schmidt u. Co. der 26 Jahre alte Schlosser Sidert aus Altroda mit einer schweren Stichverletzung im Gesicht und einer Schlagverletzung am Hinterkopfe, mit dem Kopf in einem Eischere liegend, tot aufgefunden. Seit Montagabend ist sein Arbeitsplatz, der 20 Jahre alte Schlosser Erich Purjche, der ebenfalls aus Altroda stammt, flüchtig. Zwischen den beiden sollen seit längerer Zeit Streitereien geherrscht haben. Purjche hat am Montagabend die Werkstat verschlossen und den Schlüssel abgegeben; er dürfte die Tat am Montagnachmittag nach Arbeitsbeginn verübt haben. Der Täter, der noch der Tat flüchtete, wurde am Mittwochnachmittag auf dem Leipziger Hauptbahnhof verhaftet. Er wird der Staatsanwaltschaft Dresden zugeführt werden.

Madeberg. Aus der Gefängniszelle ausgebrochen. Ein Untersuchungsgefänger, der 33 Jahre alte Photograph Bürger aus Oberlichtenau, hat in der Nacht zum Dienstag die Zelle seiner Gefängniszelle durchbrochen und ist unter Verwendung von Werkzeu durch ein Dachfenster ins Freie gelangt. Von dem Flüchtling fehlt bisher jede Spur.

Werdau. Beide Eltern verloren. Ein tragisches Unglück hat die Kinder des Schneidermeisters Hoppelstrost plötzlich zu Waisen gemacht. Der Vater lag an Lungenentzündung darnieder. In der Aufregung um den Gatten wurde die Frau vom Schlag getroffen und starb kurze Zeit darauf. Inzwischen verschied auch der Vater.

Wichtige Sportnachrichten

Sieg Charleys im Auscheidungskampf um die Schwergewichtsweltmeisterschaft

Bei dem gestrigen Ausschheidungskampf um die Schwergewichtsweltmeisterschaft im Boxen siegte Jack Charley über Johnny Ericbling nach Punkten.

Amtliche Anzeigen

Am Sonnabend, den 2. März 1929, 11 Uhr sollen im Versteigerungsraum des Finanzamtes Aue, Zimmer 70, 1 Schreimmaschine, 1 Ventilator und 1 Elektromotor öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.
Die Vollstreckungsstelle des Finanzamtes Aue

Schneeberg. Dr. Curt Weitzer-Bad.

Am Freitag und Sonnabend werden wieder Bannen-, Dampf- und Lichtbäder abgegeben. Die Schwimmhalle bleibt vorläufig noch geschlossen.
Schneeberg, den 27. Februar 1929. Der Stadtrat.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: H. Giesels, für den Anzeigenteil: Carl Schieb. — Druck und Verlag: Aue Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Aue.

Apollo-Theater Aue

Donnerstag bis Sonntag
Das Programm der 5 Prominenten!

Harry Liedtke

und Hilda Rosch in der Filmkomödie
Das Spiel mit der Liebe
Die spannende und humorvolle Geschichte eines Detektivs, einer Hochstaplerin und einer Millionärstochter.

Der genialste Künstler

Charlie Chaplin

in „Carmen“
Eine Opernparodie im Lichte Chaplin'schen Humors.

Hierzu etwas ganz Sensationelles — In Aue noch nie dagewesen!
Auf der Bühne persönlich!

Franz Hofer
Der Regisseur
des bekannten Filmes „Vom Leben getötet“ sowie
Paula Klär vom Trianon-Theater Berlin in dem Bühnenbild
„Der Sensationsprozeß“

Gerdi Gerdt
die Hauptdarstellerin
des bekannten Filmes „Vom Leben getötet“ sowie
vom Trianon-Theater Berlin in dem Bühnenbild
„Der Sensationsprozeß“

Die Deullig-Woche. Aktueller Wochenbericht.
Einlaß 1/2 Uhr. — Beginn 6 Uhr. — Letzte Vorstellung 9/9 Uhr.
Infolge hoher Unkosten kleiner Preisaufschlag.

Sonntag 1/2 bis 4 Uhr Jugend- u. Familien-Vorstellung
mit Charlie Chaplin und „Sturmwinds Rache“ Wildwest-Abenteuer.

Carola-Theater

Donnerstag bis Sonntag
wieder zwei Film-Schlager in einem Programm:

ELGA BRINK

die gefeierte Hauptdarstellerin des Großstadtspiels
„Wochenende“ spielt auch die Hauptrolle in

Der Faschingskönig

Ein Spiel von Glücksrittern und schönen Frauen
In den Hauptrollen:
Elga Brink, Henry Edwards, Gabriel Gabrio, Renée Herbel u. a. m.

Ort der Handlung: Nizza, die schöne Stadt an der Riviera zur Zeit des großen Karnevals!

Hierzu ein Film der jeden vom ersten bis zum letzten Bild in seinem Bann schlägt:

HAUS NO: 17!

Ein glänzender Kriminalfilm voll stärkster Spannung.
Die Geschichte eines geheimnisvollen Hauses in Whitechapel, dem Londoner Verbrecherviertel. In seinen verfallenen Mauern verschwinden zahlreiche Verbrecher spurlos, ohne das es der Polizei gelingt, das Mysterium des Hauses No: 17 aufzuklären. Erst einem Detektiv gelingt es, das Geheimnis zu entschleiern.

In den Hauptrollen:
Carl de Vogt / Ernst Reicher / Hertha von Walther / Fred Salm / Fritz Greiner / Paul Samson-Körner u. a. m.
Außerdem die neue Ufa-Wochenschau.

Anfangszeiten: Wochentags 6 und 1/2 Uhr — Sonntags 1/3, 1/5, 1/7 und 1/9 Uhr.
Donnerstag und Freitag erhalten Sie wieder ermäßigte Preise: Auf jede gelöste Eintrittskarte gewähren für eine zweite Person freien Eintritt.

Rechenhaus bei Bodau

Sonnabend, Sonntag und Montag
2., 3. und 4. März

Bodubierfest.

Freitag, den 1. März

großes Schlachtfest.

Musikalische Unterhaltung.
Freundlich laden ein **Hilbert Esper und Frau.**



Matthes

Empfehle lebende Karpfen, Schlei, frische Seefische, junge 1929er Gänse, Enten, Tauben, Doularden, Brat- und Suppenhühner, Teut- hühner, beaufertige Hasen, Rehbraten, Keulen, Blätter, Kochfleisch und Hasenklein.

Paul Matthes, Fisch-, Wild- und Geflügelhandlg., Aue.
Telefon 272.

Schachklub von 1878

Freitags in Alt-Aue.

Auch Sie verlieren Ihre Fußschmerzen im **Assa-Schuh.**

Alleinverk. für Aue u. Umg.
Auer Ref.- u. Sportschuhhaus
Albert Schmidt,
Wettinerstraße.
gegr. 1867 — Ruf 1067

Dienstags u. Freitags kostenlose Beratung über Fußpflege.

Gebr. Ref. Kinderbett
1 **Knaben-Mantel**
12-13 Jahre und
1 **Paar Halbschuhe** Gr. 40
alles gut erhalten.
Billig z. verkauf.
Su erst. im Auer Tageblatt.

Vertreter gesucht!
Grüner & Co.,
Neurode Eule
Holzrollen-Jalousienfabrik
Verdunkelungsanlagen
Markisen, Wirtschaftsartikel.



Schulranzen
Rindleder . . . 12.—, 10.—, 7.25, **6²⁵**

Schulmappen
Rindleder . . . 12.50, 11.—, 9.25, **8⁰⁰**

Aktentaschen
Rindleder . . . 7.25, 6.75, 5.25, **4⁵⁵**

Frühstückstaschen
Rindleder . . . 3.60, 2.25, 1.90, **1²⁵**

Größte Auswahl!
Spezialhaus
Camillo Gebhardt
Bahnhofstraße **AUE** Ecke Reichstr.

Robert Lockay
Susanne Lockay geb. Patz
Vermählte.

Rathenow Februar 1929 Aue i. E.

Fabrikationsfirma
die als Spezialität

Dempseypullover

sowie Strickkleider, Westen und Pullover
in den neuesten Mustern und Modellen her-
gestellt, richtet reellen Deuten Kommissionlager
ein, zu günstigen Preisen und Bedingungen. Voraus-
setzung: Guter Umsatz — Best. Anträgen nur von
vertrauenswürdigem Deuten erbeten unter Chiffre
H. T. 789 an das Auer Tageblatt.

Suche für sofort oder
15. März ein
schulreifes, **kinderlieb. Mädchen**
eherliches,
für meinen Fleischereihandlung mit Kind im Alter von
5 Jahren. Guter Lohn und Behandlung werden zugesichert.
Angebote an
Frau G. Esche, Simbach i. Sa., Grobner Straße 12.



Keine Glatze mehr!

Das sind empfohlene Mittel des
Haares mit Dr. Müller's Haarwuchs-
Mittel bewirkt zuverlässig Haar-
wachstum, Haarwuchs, Kopfschup-
pen, Juckreiz u. vermindert frühzeitige Haaraus-
fälle. Mit oder ohne Fett Packung RM. 1.50 in
einem einseitigen Geschloß zu haben, sonst bei
Herrn Dr. Müller & Co., Berlin-Lichterfelde 1.

Müllern Sie Ihr Haar!

Hans Borkert, Aue, Wettinerstraße
Max Voigt, „ Markt 14
Gustav Otto, „ Ernst-Papst-Straße
Haarpflegeh. Schubert, Bahnhofstraße 27
Albert Hebecker, „ Schneeberger Str. 24
Wilhelm Müller, „ Mehnerstraße 33
Otto Koch, „

Möbl. Zimmer
sofort gesucht.
Ang. unt. H. T. 788 Tageblatt.

Bayerisches Musik- und Singspiel-Trio
(eine Dame, zwei Herren)
ab 4. März 1929 täglich frei.
Näheres: **Peppi Riegler,**
Annaberg i. Erzgeb.,
Am Büttnerplatz 1.

Winteräpfel
feste, harte Ware
I. Wahl 50 Pfd. RM 14.—
II. 50 Pfd. RM 10.—
in Korbpackung br. für netto.
Versand bei gelinder Bitterung
empfohlen
Plantagenhof Hofmann
Birsfeld,
Post 55125 i. Th. 61.

**Zeitungs-
Matratze**

gibt ab
Auer Tageblatt.

Naturheilkunde
Massage, ärztl. gepr.
Schönheitspflege

Urin-Untersuchung — — — Sprechzeit: 10-7 Uhr
O. Lange, Aue, Ernst-Papst-Str. 22.

Hausfrauen

läßt waschen, säubern, trocknen, rollen
oder plätten nach Gewicht und Trommel;
Ihre selbst gewaschene Hauswäsche können Sie
auch bei mir nur trocknen.

Dampfwäscherei Breitschneider, Aue, Auf 351
Abholung und Zustellung frei durch Auto.

Gegen Haarausfall

Schuppen, Jucken der Kopfhaut, das altbewährte echte
Brennelsehaarwasser von Holapotheter Schaefer,
fein parfümiert, Glaschen mitbringen. 1/4 Liter — 75 RM,
1/2 Liter 1.25 RM. Allein-Vertretung:
E. Ringes Apotheke, am Markt.

Das zeitgemäße wirksamste Mittel
gegen
**Grippe,
Erkältungskrankheiten,
Rheuma, Gicht, Ischias**
in
„MARASAL“
(ärztlich empfohlen)

Es enthält keine narkotischen Bestandteile,
ist ganz schmerzlos und wirkt, wie alle er-
fahrenen Ärzte versichern, äußerst schnell.
Der Erfolg ist ebenso tatsächlich durch-
schlagend, wie rasch und sicher. Nur in
Apotheken zu haben. Verlangen Sie
entsprechende kostenlose Literatur.

R. D. T.

Reichsbund Deutscher Technik.
Ortsgruppe Aue.

Monatsversammlung
Sonnabend, den 2. März,
Café Temper

Vortrag **Herr Reg.-Baumstr.**
Schneevoigt, Berlin,
über
Neuzeitlichen Strassenbau unter beson-
derer Berücksichtigung des Betonstrasser-
baues. (Lichtbilder.)

Aus erster Hand empfehle ich mein
reichhaltiges Lager in Autohandschuhen
mit und ohne Futter,
Wildleder-, Nappa- u. Glacéhandschuhe
in allen Farben.
Gleichzeitig Herren- und Damen-
Trikothandschuhe

Konfirmandenhandschuhe, bunt u. schwarz, extra billig!
Spezialität in Strümpfen sowie echte Fensterputzleder.
Gustav Schindler, Wettinerstr. 181
Kein Laden. Handschuhfabrikation. Fernruf 938.

„Patentanwaltshilco Sack“
Leipzig, Brühl 2.

Der Einkauf von Konserven

dürfte zur Zeit die beste
Kapitalanlage sein.

Wenngleich ich die Preise kaum erhöhen
werde, solange günstige Abschlüsse
laufen, können diese Schlüsse aber bei
dem zu erwartenden Bedarf unmöglich
ausreichen.

Meine Qualitätskonserven sind bekannt.
Ehrliche stramme Packungen und keine
sogenannten Schleudersonderpackungen.

Lebensmittel-Dietrich, Aue

Wie lange noch?

Die schreckliche Winternot

Das Flugzeug als Retter in der Not

Durch das Flugzeug D 1401, Flugzeugführer Osterkamp, wurde der erste Maschinist des im Eise in der Ostsee festfestsitzenden Hamburger Dampfers Gottfried Poppe, der an einer Mittelohrentzündung erkrankt war, abgeholt und nach Holtenau gebracht, von wo er die Reise nach seiner Heimat Pienburg fortsetzte. Die noch im Eise eingeschlossenen Dampfer wurden gestern durch Flugzeuge mit Frischfleisch, Brot und Post versorgt. In zwei Flügen wurde Post von den Schiffen abgeholt.

Schlesische Bauerndörfer bis zum Dach im Schnee

Wie den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ aus Schwobitz gemeldet wird, sieht es nach dem heftigen Schneesturm der letzten Tage und dem erneuten starken Schneefall in den Ortschaften am Fuß des Culmgebirges geradezu trostlos aus. Von dem Schneewetter ist das Gebiet am Eingang des Weistritztals, die Gegend um Ohmsdorf, Ebdorf und Ludwigsdorf und weiterhin Leutmannsdorf am schlimmsten betroffen. Dort sind die Straßen derart verweht, daß von den Kirchbäumen nur noch die Spitzen aus dem Schnee ragen. Vielfach sind auch Fuhrwerke vom Schnee vollständig begraben worden, sobald sie im Stich gelassen werden mußten, nachdem man die Pferde abgestängt hatte. In den Stuben der Häuser herrscht Dunkelheit, da alle Fenster vollständig zugeweht sind. Die Bewohner müssen sich regelrechte Gänge schaufeln, um aus den Gebäuden herauszukommen. Doppelt schlimm ist die Wassernot, weil die Brunnen meterhoch mit Schnee verweht sind. Von den Kreisverwaltungen sind alle Schneepflüge eingesetzt worden, um die Not der verwehten Besitzungen zu beseitigen. Wie der Landrat

des Kreises Rimpfisch bekannt gibt, sind infolge der ungeheuren Schneeverwehungen eine ganze Anzahl von Chausseen im Kreise für jeden Verkehr gesperrt worden, da es unmöglich ist, in Gefahr geratenen Fuhrwerken Hilfe zu bringen.

Französische Pioniertruppen zur Hilfeleistung beim Eisgang

Entgegen den Mitteilungen einiger Blätter ist das Angebot der Rheinlandkommission, durch französische Pioniertruppen Hilfe gegen die Eisverhältnisse im besetzten Gebiet zu leisten, nicht abgelehnt worden. Es wird vielmehr davon Gebrauch gemacht, falls dies erforderlich sein sollte.

Eisgang auf dem Neckar

Mehrere Brücken vom Eis zerstört.

Auf dem Neckar ist gestern nacht Eisgang eingetreten. In der Gegend von Rodenburg bei Obernau und Bieringen wurden zwei leicht gebaute Brücken durch Eismassen weggerissen.

Bei Oberklingen hat sich das Treibeis gestaut, so daß der Neckar streckenweise über die Ufer getreten ist. Die städtische Holzbrücke mußte aus Sicherheitsgründen geschlossen werden.

Die Vorsichtsmaßnahmen gegen den Eisgang auf dem Neckar haben sich bei Cannstatt nicht als ausreichend erwiesen. Eine eiserne Feldbahnbrücke, die abgetragen werden sollte, wurde von den Fluten mitgerissen, wodurch mehrere Arbeiter in schwere Gefahr gerieten. Die Brücke senkte sich plötzlich und fiel unter donnerndem Krachen in den Fluß.

In Tübingen staute sich auf einer Strecke von 200 Metern das Eis drei bis vier Meter hoch. Es mußte, um dem Eis Platz zu schaffen, eine Holzbrücke abgebaut werden.

ren, ob ein regelmäßiger Luftdienst eingerichtet werden sollte oder ob es sich lediglich um eine Probefahrt handelte?“ Der Sprecher hielt demgegenüber seinen Einspruch aufrecht.

Der Zeppelinflug über die Mittelmeerländer

Das Auswärtige Amt hat entsprechend einem Antrag Dr. Edeners bei den in Betracht kommenden Ländern die Genehmigung zum Überfliegen ihres Gebietes eingeholt. Ägypten kommt dabei nicht in Frage.

Zustverkehr über den Atlantik

Seit längerer Zeit sind Bestrebungen im Gange, die Deutsche Luft Hansa, einige große Reedereien, die Reichspost und verschiedene Banken zu einer Gesellschaft zu vereinen zum Studium des Luftverkehrs über den Atlantik. Das Reichsverkehrsministerium hat nicht die Absicht, sich an der Gesellschaft zu beteiligen, ist aber für eine solche Zusammenschließung der Kräfte immer eingetreten und hat seine guten Dienste zur Verfügung gestellt. Von der Gründung einer Luftschiffahrtsgesellschaft unter Beteiligung des Reiches ist nichts bekannt.

Bildtelegraphendienst Berlin—Kopenhagen

Am 1. März vormittags um 10 Uhr wird der Bildtelegraphendienst zwischen Berlin und Kopenhagen eröffnet. Es können Bilder, Zeichnungen, Pläne, Stenogramme usw. aufgeteilt werden. Die Mindestgebühr beträgt 10 RM.

Einsturz eines Cafés in Athen

Etwa 20 Tote.

Das große Kaffee-Panorama in der Unterflüßstraße in Athen, unter dem sich ein Variété befindet, ist plötzlich eingestürzt. Zahlreiche Personen wurden verschüttet, von denen, wie man befürchtet, etwa 20 getötet wurden.

Überschwemmungen in den Vereinigten Staaten

Aus den Staaten Pennsylvania, Michigan und Ohio werden verheerende Überschwemmungen gemeldet. Die Flüsse sind infolge der Schneeschmelze und anhaltender Regengüsse über ihre Ufer getreten. In der Grafschaft Montgomery in Pennsylvania ist der kleine Perkiomenfluß 5 1/2 Meter über seinen normalen Stand gestiegen. In den Straßen Baltimores am Schuykillfluß steht das Wasser 3 Meter hoch. In Monroe (Michigan) mußten 200 Familien ihre Häuser räumen. Im südlichen Ohio haben die Überschwemmungen einen Sachschaden von mehreren Millionen Dollar angerichtet. Zwei Personen sind ertrunken.

22000 Liter Benzin explodiert

In der Benzinschere der Deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft in Tempelhof (bei Berlin) explodierte gestern mittag gegen 1 Uhr ein Benzintank mit 22000 Litern Inhalt. Die Feuerwehr, die in höchster Alarmstufe mit drei Zügen ausrückte, konnte glücklicherweise nach kurzer Zeit mit Schaumlöschern den Brand bewältigen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Tank und ein darüber befindliches Schuttdach aus Wellblech sind fast vollständig zerstört. Der Schaden ist recht bedeutend. Ueber die Ursache der Explosion, die leicht großen Umfang hätte annehmen können, ist noch nichts genaues festgestellt. Man vermutet, daß sie auf elektrostatische Wirkungen zurückzuführen ist. Das Benzin wird in der Wäscherei auf elektrischem Wege gelüftet und dabei haben sich vermutlich Benzindämpfe entzündet.

Warum darf der Zeppelin nicht nach Ägypten?

Ausprache im englischen Unterhaus

Im Unterhaus stellte Kenworthy die Frage, ob Deutschland um die Genehmigung für eine Fahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ über Ägypten, Palästina und anderen unter britischem Einfluß stehenden Gebieten eingekommen sei und welche Antwort man darauf gegeben habe.

In Vertretung des erkrankten Staatssekretärs des Auswärtigen Chamberlain erwiderte Unterstaatssekretär Lord Lampson: „Das deutsche Auswärtige Amt hat am 13. Februar inoffiziell bei der britischen Botschaft in Berlin angefragt, welche Haltung die britische Regierung gegenüber dem geplanten Flug des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ einnehmen werde. Nachdem ich mich mit dem Staatssekretär für Luftfahrt und dem britischen Oberkommissar in Kairo in Verbindung gesetzt hatte, beauftragte ich am 16. d. M. den britischen Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, auf die inoffizielle Anfrage zu erwidern, daß die britische Regierung mit dem geplanten Flug nicht einverstanden sei.“

Auf die weitere Frage Kenworthys, welche Gründe für diese Haltung maßgebend gewesen seien, erklärte Lord Lampson: „Es besteht ein Einverständnis zwischen der ägyptischen Regierung und uns, und dieses Einverständnis kommt auch in dem von Sarwat Pa-

sha mit England abgeschlossenen Vertrag zum Ausdruck, daß keine ausländischen Flugzeuge ägyptisches Gebiet überfliegen dürfen, ohne daß sich die beiden Regierungen vorher darüber verständigt hätten.“

Garro Jones stellte die Frage: „Glaubt der Vertreter des Foreign Office, daß die Ablehnen Folgen, die man von diesem Flug befürchten zu müssen glaubte, sich mit dem Schaden vergleichen lassen, der den deutsch-englischen Beziehungen durch die Verweigerung der Erlaubnis zu der Zeppelinfahrt zugefügt worden ist? Ist das Auswärtige Amt gewillt, diese schikanöse Haltung aufzugeben?“

Lord Lampson antwortete: „Ich glaube, im Auslande wird man verstehen, daß derartige Flüge nicht ohne eine Verständigung zwischen der ägyptischen Regierung und der betreffenden ausländischen Regierung stattfinden können.“

Kenworthy fragte weiter: „Handelte es sich bei dem geplanten Flug darum, einen regelmäßigen Flugdienst einzurichten oder sollte es nur eine wissenschaftlichen Zwecken dienende Versuchsfahrt sein?“

Der Sprecher des Hauses warf hier ein, daß diese Frage nicht zulässig sei.

Kenworthy: „Darf ich darauf hinweisen, daß es zur Klärung des Sachverhaltes wichtig ist, zu erfah-

ig
rauen
brlo
n der
l
letzen
nning-
White-
en ver-
precher
sterium
tektiv
lthor /
a. a. m.
hsu.
ritte-
Patz
i. E.
chnik
lung
baumstr.
Berli-
r beson-
strasser-
h mols
chuhen
dschuhe
Damen-
uhe
extra billig!
putzleder-
r. 18
ernruf 938
k

Revolte im Wohlfahrtsamt

Im Wohlfahrtsamt des Berliner Bezirks Mitte in der Chausseestraße spielten sich gestern vormittag wilde Tumultszellen ab. Eine etwa hundertköpfige Menge von Arbeitslosen, die vor der Festschleuse des Wohlfahrtsamtes stand, geriet mit den Beamten wegen Geldforderungen in Streit, der bei den Unterstützungsempfängern schließlich zu so großer Erbitterung führte, daß sie drohten, die Kasse zu stürmen. Der Vorsteher des Wohlfahrtsamtes sah sich genötigt, das Ueberfallkommando zu alarmieren, dessen Beamte nach wenigen Minuten erschienen und den Vorraum zur Kasse räumten. Auf der Straße ergingen sich daraufhin die Arbeitslosen in wilden Droh- und Schimpfzügen und rotteten sich zu einem Demonstrationzug zusammen, der sich von Straßenecke zu Straßenecke immer mehr vergrößerte. An der Kreuzung Tietz- und Schröderstraße griff ein starkes Aufgebot von Schutzpolizisten ein, um die Demonstranten mit Gummiknüppeln auseinander zu treiben. Dabei erlitten mehrere Arbeitslose leichte Verletzungen. Zahlreiche Zwangsgestaltungen wurden vorgenommen.

Eine ganze Familie in Mittelitalien verbrannt

In der Nähe von Viterbo entstand in einem Bauernhaus ein Brand. Die Bewohner, ein Ehepaar und vier Kinder, riefen um Hilfe, weil es ihnen nicht gelang, die Türen zu öffnen. Als die Türen von herbeigeleiteten Leuten mit Ketten eingeschlagen wurden, waren das Ehepaar und drei Kinder bereits verbrannt. Das vierte Kind, der älteste Junge der Familie, wurde mit gefährlichen Brandwunden ins Spital gebracht.

Dachstuhl in einer französischen Fabrik

In einer Automobilfabrik in Paris brach gestern nachmittag bei Arbeitsloshalt, als die Arbeiter die Fabrik verlassen, das mit Ziegeln gedeckte Dach in einer Ausdehnung von 10 : 40 Metern ein. 8 Personen wurden verletzt, zwei von ihnen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Raubmörder Gopp hält eine Revision für zwecklos

Nach der Urteilsverkündung in dem Prozeß gegen den Raubmörder Emil Gopp wendete sich der Verteidiger an den Angeklagten und fragte, ob das Urteil richtig sei. Gopp verneinte die Frage mit derselben Ruhe, die ihn während der ganzen zweitägigen Verhandlungen nicht verlassen hatte. Der Angeklagte fügte hinzu, daß das Gericht den wahren Sachverhalt erst in einigen Jahren erfahren werde, er könne darüber heute noch nichts sagen. Der Verteidiger fragte nunmehr, ob er gegen das Urteil Revision einzulegen gedenke. Daraus erklärte Gopp, das habe so doch keinen Zweck. Als der Verteidiger noch bemerkte, daß das Urteil vollstreckt werden könne, entgegnete Gopp mit ruhiger Gelassenheit: „Um meinen Kopf bin ich nicht bange, er mag fallen“. Gopp wurde unter Begleitung von mehreren Polizeibeamten stark gefesselt nach Hannover gebracht, wo er in das dortige Gefängnis eingeliefert wurde.

Schreckliche Familientragödie aus wirtschaftlicher Not

In dem an der Eisenbahnstrecke Prag—Gmünd gelegenen Städtchen Breitz spielte sich eine furchtbare Familientragödie ab. Ein Steinschmied tötete durch Revolvererschüsse seine Frau, hierauf seine drei Kinder im Alter von vier bis neun Jahren durch Selbsttötung und endlich sich selbst durch Revolvererschüsse. Das Motiv der Tat sind ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse.

Nächtliches Schauspielersparlament

Verelendung der Schauspieler — Die Diktatur der Direktoren — Fahrlässigkeit der Aufsichtsbehörde? — Sind Schauspieler gewerkschaftsfähig?

Der Versuch der Vereinigung Berliner Bühnenleiter, die Vereinbarung mit der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger über eine Mindestgage von 250 Mark für vollwertige Schauspieler zu kündigen, hatte das Präsidium der Bühnengenossenschaft veranlaßt — zum ersten Mal nach langer Zeit — eine Vollversammlung aller in Berlin weilenden Genossenschaftler und nicht organisierten Schauspieler einzuberufen. Es gab eine nächtliche Versammlung von langer Dauer und dramatischer Bewegtheit, die in der üblichen Erschließung endete. Man muß hoffen, daß es der zielbewußten und von entschiedenem sozialen Verantwortungsbewußtsein getragenen Führung des Präsidenten der Genossenschaft, Ballauer, gelingt, die verschiedenen Ansprüche durchzusetzen, die die Genossenschaft an die Theaterleiter zu stellen beschloßen hat, muß den Schauspielern wünschen, daß sie wenigstens in etwas ausgeprägterem Solidaritätsgefühl in die Front der Bühnengenossenschaft einschwenken und so deren Kraft stärken. Man kann diese Forderungen und Wünsche nur zaghaft aussprechen, denn der Verkauf der nächtlichen Schauspielerversammlung ließ mit solcher Deutlichkeit die Schwere, ja, man möchte sagen, die innere Widerständigkeit des Versuchs erkennen, der doch unternommen werden soll und muß.

War es schon bezeichnend genug, daß fast kein einziger „Prominenter“ sich in der Versammlung befand, keiner von denen, die jetzt so hoch stehen, daß sie glauben, es könne keine Genossenschaft ihren berechtigten Wünschen dienen und die doch eines Tages verbraucht und verbrüht wieder bei ihren alten Genossen anknöpfen werden, die sie in ihren Glückstagen verlassen haben, so war es noch bezeichnender, mit welcher Leichtigkeit jede demagogische Phrase die Stimmung der Versammlung umschlagen lassen konnte. Nachdem soeben Präsident Ballauer und sein Mitarbeiter, der Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin, Bernhardt, der Versammlung deutlich und mit eindringlichem Material vor Augen geführt hatten, welches Los der Schauspieler war, wenn sie sich nicht endlich darauf besäßen, sich mit der Genossenschaft zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen, trat als Führer der Opposition Kurt Geron auf — ein Redner, ja ein Demagoge von höchsten Qualitäten, leider nicht der Verantwortlichkeit bewußt, die solche Fähigkeiten auferlegen und die vor allen Dingen die Sache, um die es ging, ihm auferlegt haben sollte. Er versuchte die Handlungen der Genossenschaft und ihres Präsidiums zu distrahieren, weil sie nur die Aufrechterhaltung eines kümmerlichen Existenzminimums, nicht aber die Schaffung von Existenzmöglichkeiten ins Auge faßten. Mit Recht erwiderte Präsident Ballauer Herrn Geron, daß er sich den donnernden Applaus, den seine demagogischen Phrasen fanden, auf reichlich billige Weise errungen habe und daß, wenn Herr Geron imstande sei, Existenzmöglichkeiten in dem von ihm geforderten Maße zu schaffen, er mindestens Reichspräsident werden müsse. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß nach diesen Worten wiederum Herr Ballauer den Beifall auf seiner Seite hatte und zwar den Beifall eines großen Teiles auch von denen, die eben noch Kurt Geron Beifall geklatscht hatten, weil er so „mannhaft“ den Wert der Genossenschaft herabzusetzen sich bemüht hatte.

Zunehmend muß zugegeben werden, daß Geron mit dem Hinweis auf die mangelnden Existenzmöglichkeiten ins Schwarze getroffen hatte, denn es ist selbstverständlich, daß das Beschäftigungsproblem in einer Branche unüberwindlich ist, die für zweieinhalbtausend Arbeitskräfte nur 750 Arbeitsplätze zu vergeben hat. Dieses Problem wird also keine Bühnengenossenschaft und keine noch so starke Einheitsfront bewältigen und selbst der Vorschlag, die überzähligen Arbeitskräfte in die Provinz abzuschieben, ging von falschen Voraussetzungen aus, denn in der Provinz ist das Theatersterben ebenso bedrohlich und ebenso unabwendbar wie in Berlin. Die Aufgabe der Bühnengenossenschaft kann also nur sein, wenigstens für die 700 bis 800 Schauspieler, die in Berlin Beschäftigung finden können, nach Möglichkeit zu sorgen. Daß auch hier noch eine Unmenge Arbeit zu leisten, einer teilweise oder aber unausbeachtlichen

Ausbeutung und einer bestreblichen behördlichen Gleichgültigkeit zu begegnen ist, ist unbestreitbar. Von den in Berlin beschäftigten Schauspielern verdienen 40 Prozent etwa 700 bis 1000 Mark im Jahre, 20 Prozent 1000—2000 Mark, 15 Prozent 2000—3000, 10 Prozent 3000—6000 Mark, 10 Prozent 6000—10 000 Mark und nur 5 Prozent — das sind der Zahl nach noch nicht einmal 40 Bühnenkünstler — mehr als 10 000 Mark. Es darf im Hinblick auf diese „Prominenten“ unbedingt gesagt werden, daß manche von ihnen sich nicht scheuen, im Bewußtsein ihrer Unentbehrlichkeit ihre Wagemannsprüche bis zu einem Punkte zu steigern, der die Lebensfähigkeit ihres Theaters und damit die Erwerblosigkeit vieler Kollegen bedroht. Von den in Frage stehenden 700 bis 800 in Berlin beschäftigten Schauspielern befinden sich rund 300 in festem Engagement, die übrigen sind im Grunde nichts anderes als Gelegenheitsarbeiter. Diese Gelegenheitsarbeiter werden von den Theaterdirektionen — bis herauf zu den Direktoren von Institut wie der Städtischen Oper in Charlottenburg — ohne jegliche Rücksicht auf die bestehenden Vereinbarungen und Tarifverträge mit der Genossenschaft angestellt. Es wird nicht nur das vereinbarte Existenzminimum von 250 Mark in zahllosen Fällen unterschritten, es werden sogar Tagesgagen bis zu 3 Mark herunter gezahlt, wobei die Vorkroben, die doch unter Umständen den Schauspieler wochenlang vor der Aufführung, also vor dem Beginn der eigentlichen Engagementszeit in Anspruch nehmen, meistens gar nicht, hier und da mit der Hälfte des Tages bezahlt werden, zu dem die Theaterdirektionen eigentlich verpflichtet wären. Bis zu welchem Grade die Genossenschaft diesen Erscheinungen gegenüber wehrlos ist, kennzeichnet die Tatsache, daß man sich in der Genossenschaft nicht im geringsten darüber im unklaren ist, daß gegebenenfalls die Direktoren — in unverantwortlichem Zusammenwirken mit engagementslosen Künstlern, die jeden Tag unterbieten, um nur engagiert zu werden —, Kontrollversuchen durch den Abschluß von Scheinverträgen zu begegnen versuchen würden.

Die Kernfrage angesichts dieser Verelendung der Schauspieler bleibt die nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Berliner Theaterbetriebes von heute. Ein in dieser Hinsicht höchst aufschlußreicher Fall wurde in dem Zusammenbruch der Direktion Brack im Rollendorf-Theater erdort. Es stellte sich heraus, daß trotz mehrerer Mietverträge dieses Theater lebensfähig gewesen wäre, wenn der Direktor über einiges Kapital verfügt hätte. Da das nicht der Fall war, mußte er, um überhaupt beginnen zu können, den größten Teil seiner Mittel sowie die nicht unbeträchtlichen Garderobeneinnahmen zu Bedingungen abgeben, die erkennen lassen, daß nicht ein einziger kaufmännisch geschulter Angestellter in dieser Direktion lag. Nun besteht bekanntlich in der Theaterabteilung beim Berliner Polizeipräsidium eine Instanz, die eben dafür sorgen soll, daß keine Theater auf wirtschaftlich unmöglicher Grundlage eröffnet werden. Diese Instanz hat — nicht nur in diesem Fall — gänzlich versagt, in solchem Maße versagt, daß sogar die Frage in die Debatte geworfen werden konnte, ob der verantwortliche Leiter dieser Abteilung nicht für die Schäden der nach liebenswürdiger Spielzeit wieder erwerbslos gewordenen Schauspieler verantwortlich gemacht werden könnte.

Man sieht noch keinen Weg aus diesem Dilemma heraus; der einzig gangbare erscheinende Weg ist der entschlossene Kampf zwischen Bühnenkünstlern und Direktoren. Allein, wenn dieser Weg beschritten wird, was — so muß man fragen — soll dann aus der künstlerischen Leistung werden, die doch nur aus freudwilligem Zusammenarbeiten erwachsen kann?

Rückkehr eines deutschen Fremdenlegations

„Morning Post“ zufolge traf in Aberdeen an Bord des dänischen Dampfers „Lars Kruse“ ein deutscher Fremdenlegationsrat namens Friedrich Wilhelm Gaiser ein, der sich an Bord verborgen gehalten hatte. Er werde nach Deutschland weitergeschickt werden.

Das Großkraftwerk Böhlen

der neue Mittelpunkt der sächsischen Landesstromversorgung

Vor nunmehr 12 Jahren im Jahre 1916, entschloß sich der sächsische Staat, die Versorgung des Landes mit elektrischem Strom nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln und die Grundfragen dafür zu schaffen, den Nutzen billiger elektrischer Arbeit durch die Fürsorge des Staates nach und nach allen Landesteilen zuzuführen zu lassen, der unwirtschaftlichen Zersplitterung der Stromversorgung durch planvolles Zusammenfassen der bestehenden lebensfähigen Anlagen abzugeben und die Bodenschätze und Naturkräfte des Landes in umfassender Weise in den Dienst der Elektrizitätsversorgung zu stellen. Die Grundlage für dieses Landeselektrizitätsunternehmen bildeten die ausgedehnten Braunkohlenfelder im Osten Sachsens bei Annau und im Westen bei Leipzig, die sich im Besitz des sächsischen Staates befanden. Die Keimzelle der sächsischen Landesstromversorgung war das bereits bestehende, im Jahre 1927 durch den sächsischen Staat von der Elektrizitäts-Versorgungsgesellschaft in Berlin erworbene Kraftwerk Dirschfeld mit einer eingebauten Maschinenleistung von 26 000 Kilowatt, das im Laufe der nächsten Jahre zu einem Großkraftwerk erster Ordnung mit einer Maschinenleistung von insgesamt 106 000 Kilowatt ausgebaut wurde. Es stütze sich auf das Dirschfelder Braunkohlenlager, dessen Umfang auf 1 Milliarde Tonnen geschätzt wird.

Das Großkraftwerk Dirschfeld genügt aber trotz dieser gewaltigen Erhöhung seiner Leistung nicht mehr, um den von Jahr zu Jahr gestiegenen und ständig weiter steigenden Ansprüchen an die Landesstromversorgung gerecht zu werden, so daß sich der sächsische Staat und die von ihm im Jahre 1928 gegründete Aktiengesellschaft Sächsische Werke als Trägerin der Landesstromversorgung gezwungen sah, auch das Braunkohlenlager im Westen des Landes in einem Umfange von schätzungsweise 8 Milliarden Tonnen dem Abbau zu erschließen und zur Ummänzung der in ihm ruhenden Braunkohlenenergie in elektrische Energie ein zweites Großkraftwerk zu errichten. Dieses Schwalbenberg Braunkohlen- und Großkraftwerk Dirschfeld ist inzwischen als Braunkohlen- und Großkraftwerk Böhlen der Aktiengesellschaft Sächsische Werke in Betrieb genommen und in den Dienst der Landesstromversorgung gestellt worden.

Der Böhleber Gesamtbetrieb gliedert sich in die Grubenanlagen, die Brückfabrik und das Kraftwerk. Brückfabrik und Kraftwerk werden gemeinschaftlich von einem Kraftwerksbunker, der zwischen ihnen liegt, versorgt. Sie sind auch sonst so miteinander gekoppelt, daß die Trochrananlage ihren Trochran Dampf von Bogenradmaschinen des Kraftwerks erhält und die elektrische Energie zum Antrieb der elektrischen Pressen der Förderanlagen usw. im Kraftwerk erzeugt wird. Die Kohlen zur Staubherzeugung für die Staubfessel des Elektrizitätswertes werden in der Trochrananlage der Brückfabrik getrocknet und in der auf der Brückfabrikseite errichteten Kohlenmaßanlage gemahlen.

Im ersten Ausbau wurde die Brückfabrik mit Sieb-, Trochran-, Kühl- und Pressenanlage erstellt. Im Trochranhause stehen 16 Trochner von 1100 Quadratmeter Heizfläche mit einer stündlichen Leistung von je 5 Tonnen Trochranholz. Im Pressenhaus arbeiten 11 elektrisch angetriebene Pressen, deren jede 5 Tonnen stündlich leistet. Zum ersten Ausbau gehörte ferner die Bogenradanlage im Kesselhaus I, Pumpenhaus I und dem ersten Teil des Maschinenhauses. Das Kesselhaus I ist ein Kohlenkesselhaus mit 7 Stielrohr- und einem Sektionalkessel. Von den 8 Kanälen sind 7 mit Speisewasservorwärmlern und einer mit Lieferheizer ausgerüstet. Die Kohlehebe gelangt aus dem Hauptbunker über ein Plattenband und eine Paternosteranlage in den über den Kessel angeordneten Kesselhausbunker, der 800 Tonnen faßt. Die Förderleistung der Befohlungsanlage beträgt 100 Tonnen stündlich. Die Kohlehebe wird auf mechanischen Vorschubfesseln verbracht; die Abgabe entweicht durch einen Schornstein von 100 Meter Höhe mit einem oberen Nischen Durchmesser von fünf Meter. Die Entlastung ist hydraulisch. Die Abgaben münden in Wasserzinnen, in denen die Abfälle nach einem Klärbehälter gesäubert

wird. Aus diesem wird sie nach Ablassen des Wassers durch einen Greiferkran in Wägenwagen verladen und zur Daube gebracht. Zunächst wurden 2 Bogenradmaschinen aufgestellt, deren Leistung bei 3000 Umdrehungen in der Minute je 9100 Kilowatt beträgt. Der von ihnen erzeugte Strom geht ins Landesnetz, während sie ihren Abdampf durch 2 Bogenradleistungen von 700 Millimeter Durchmesser in die Trochran der Brückfabrik geben.

Der zweite Ausbau, mit dem Ende des Jahres 1926 begonnen wurde, dient hauptsächlich der Stromerzeugung für das Landesnetz. Er erstreckt sich zunächst auf das Kesselhaus II, ein Staubfesselhaus mit 2 Sektionalkesseln von je 2000 Quadratmeter Heizfläche und 8 Stielrohrkesseln mit je 1600 Quadratmeter Heizfläche, die mit Kohlenstaubfeuerungen und Lufterhitzern ausgerüstet sind. Die Rauchgase werden durch Saugzuganlagen abgeführt und zwar ist je für 2 Kessel ein gemeinsamer eiserner Schlot von 46 Meter Höhe und 4 Meter zylindrischem Durchmesser angeordnet. Alle Antriebsmotoren für die Zubringerfedern und alle Ventilatoren für die Saugzug- und Luftzuführungsanlagen werden von 4 Schalthütten aus ferngesteuert, auf denen außerdem die Anzeigeneinstrumente zur Beobachtung der Messungen der Dampftemperatur, der Dampfmenge, des Unterdrucks usw. angebracht sind. Der Kohlenstaub wird aus der Mahlanlage durch drei Rohrleitungen von je 200 Millimeter durch Paternosterpumpwerke in die Kesselhausbunker befördert, die eine Menge von 1000 Tonnen Kohlenstaub fassen. Die Entlastung ist wie im Kesselhaus I hydraulisch. Beide Kesselhäuser arbeiten auf zwei gemeinsamen Dampfsammelleitungen, von denen die Stielrohrleitungen zu den einzelnen Maschinen gehen. Zum zweiten Ausbau gehörte ferner das Pumpenhaus II und die Erweiterung der Bogenradanlage durch eine neue Bogenradmaschine, deren Abdampf ebenfalls zum Trochran der Kohle und zur Vorwärmung von Speisewasser verwendet wird. Die Bogenradmaschine leistet bei 3000 Umdrehungen in der Minute 18 000 Kilowatt. Von den 6 Kondensationsmaschinen leisten 2 je 23 700, 2 je 22 000 Kilowatt, ebenfalls bei je 3000 Umdrehungen in der Minute, und 2 je 1600 Umdrehungen in der Minute je 40 000 Kilowatt.

Die in den Maschinenräumen erzeugte Leistung nach dem ersten und zweiten Ausbau von 207 600 Kilowatt wird durch Nennleistung der Hauptkesselanlage zugeführt, die aus einer nach dem Prinzip der Phosphorrennung gebauten 6000-Volt-Schaltanlage und der eigentlichen 100 000-Volt-Schaltanlage besteht. 5 Transformatoren mit einer Leistung von 32 000 und 22 500 Kilowattspannen spannen die erzeugten 6300 Volt auf 115 000 Volt um. Die gesamte erzeugte Leistung wird vom 100 000-Volt-Schaltwerk aus über sieben 100 000-Volt-Leitungen abtransportiert. In der Schaltanlage laufen alle Fäden zusammen. Sie steht in ständiger Verbindung mit den Hauptverteilungspunkten des Netzes und mit der Leitung der Kesselhäuser und des Maschinenhauses. Ein gewisser Anteil der erzeugten Leistung wird in der Grube, in der Brückfabrik und dem Kraftwerk selbst verbraucht. Der Löwenanteil fließt aber ins Landesnetz und dient der Landesstromversorgung.

Im vorigen Jahre wurde die Brückfabrik um ein zweites Trochranhaus mit 16 Trochnern, ein zweites Pressenhaus mit 11 Pressen, darunter 3 Doppelpressen, und um ein zweites Kesselhaus erweitert. Die Leistung der Trochran und der Pressen ist die gleiche wie beim ersten Ausbau.

Neben dem Kraftwerk Dirschfeld ist also jetzt das neue Großkraftwerk Böhlen die Hauptquelle der Elektrizitätsversorgung Sachsens. Zur Ueberwindung der Belastungsschwächen werden in geringem Umfange die kleineren Werke Glöhen, Birna, Aichenberg i. E. und Delsitz i. E. erzeugt, die ebenfalls nach und nach in den Besitz des Landeselektrizitätsunternehmens bzw. der Aktiengesellschaft Sächsische Werke übergegangen sind herangezogen. Als weitere Gruppe solcher Werke kommen die Kraftwerke Würzen, Aue, Klosterbuch und Waldenburg hinzu die der sächsische Staat erstellte und der Aktiengesellschaft Sächsische Werke zur Ausnutzung für die Landesstromversorgung übertrug.

Konjunktur für jüngere Angestellte, aber nur 50 bis 80 RM? Fixeinkommen

Über die Not der älteren Angestellten sind die Erörterungen nach wie vor im Gange. Es liegen dem Reichstag auch Anträge vor, die die gesellschaftliche Unterbringung der älteren Angestellten fordern, weil man nachzuweisen vermag, daß die Wirtschaft aus freier Entscheidung ältere Angestellte nur in geringerer Zahl einstellt. Es werden noch lebhaftere Auseinandersetzungen erforderlich sein, um den schreienden Mangel in für alle Teile befriedigender Weise zu beheben.

So bitter notwendig die Lösung der Frage der älteren stellenlosen Angestellten ist, so dringend ist auch die Betrachtung der Lage des Nachwuchses, also der jüngsten Angestellten. Jüngere Angestellte sind im Gegensatz zu älteren Angestellten sehr gesucht, haben also sozusagen Konjunktur. Aber es fehlt, was dem Ausdruck „Konjunktur“ erst Recht gibt: ein ausreichendes Einkommen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten ist ungenügend mit einer umfangreichen Erhebung über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der deutschen Angestellten beschäftigt. Die zu tausenden eingehenden ausgefüllten Fragebogen lassen erkennen, daß für die jüngsten Angestellten oft nur 100, 110, 120 und 130 RM Monatsbruttogehalt bewilligt werden. Bei einem erheblichen Prozentsatz der jüngeren Angestellten bleiben die Bruttogehälter sogar noch unter 100 RM. Von diesen geringen Bruttogehältern sind soziale Beiträge und Abgaben noch in Abzug zu bringen. Der jüngere Angestellte ist also unbedingt auf die Unterstützung seiner Angehörigen angewiesen, weil es ihm unter den heutigen Verhältnissen ganz unmöglich ist, mit diesem Einkommen die Miete, Kleidung, Ernährung und sonstige Lebensbedürfnisse zu bestreiten. Unter welchen schwierigen Verhältnissen der jüngere Angestellte im Alter von 17 bis zu 23 Jahren sein Dasein führen muß, wenn er keinen Rückhalt an Verwandten hat, ist nicht schwer zu erkennen. Unterucht man den Realwert dieser Gehälter und legt dabei den Reichsindex zu Grunde, so würden diese Beträge einem Vorkriegseinkommen von 50 bis 80 Mark monatlich entsprechen. Dabei werden gerade an den jüngeren Angestellten starke Ansprüche gestellt, und eine ordnungsgemäße Berufsausbildung als selbstverständlich erachtet. Auch aus diesen Gründen ist es erklärlich, daß sich viele Eltern nicht entschließen können, ihre Kinder den Angestelltenberufen zuzuführen.

Schon die Jungtiere!

Der Alte Pferdvereiner in Dresden schreibt uns: Es und Schnee auch auf den Straßen der Stadt bringen es mit sich, daß für alle Jungtiere und namentlich für Pferde oft unnütze Tierquälereien entstehen, die bei verständiger Ueberlegung und gutem Willen ohne weiteres vermieden werden können.

Notwendig sind vor allem scharfe Stollen. Jeder Pferdehalter prüfe darum vor jeder Ausfahrt sämtliche Stollen und entferne unscharfe sofort. Erst durch scharfe Stollen wird den Tieren der Zug erleichtert, während sie auf den abgenutzten leicht rutschen und zu Fall kommen.

Wiederholt hat der Vereiner bemerkt, daß einem oder zwei Pferden zu schwere Lasten zugemutet werden. Durch unsinniges Peitschen sucht man dann die Tiere vordrücken zu bringen, wenn sie nicht mehr weiter können. Jeder Pferdehalter muß sich überlegen, daß alle Ueberanstrengung seiner Tiere ihn letzten Endes selbst schädigt. Man setze daher das Tragengewicht in ein vernünftiges Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Pferdes und nehme Vorsicht in allen Fällen, wo die Normlast bei dem strengen Winterwetter zu schwer wird.

Stehen die Pferde, dann lasse man sie nicht im tiefen Schnee stehen oder auf ganz glatten Flächen, wo das Anziehen durch Anfrieren der Näder erschwert wird, sondern möglichst schnee- und eisfreie Stellen heraus. Außerdem achte man auf zugfreie Halteplätze. Man denke die Tiere während des Haltens sorgfältig mit warmen Wollschuhen zu, da sie durch die erhöhte Anstrengung beim Zuge sich meistens stark erküht haben und sich bei ungenügendem Schutz leicht erkälten können.

Der blinde Passagier

Seit dem 16. Jahrhundert haben wir in Deutschland Passagiere, eine Erziehung aus dem Italienischen (passaggiere von passare, gehen), während wir die Passanten dem französischen verbankten; dieser ist nur ein Durchreisender, jener ein Fahrgast. Auch das häufigste Beförderungsmitel der Neuzeit hatte bereits seinen blinden Passagier, der durch seine „Blindheit“ zu unverdienten Ehren kam. Aber der junge Mensch war gar nicht blind, er fuhr mit lebenden Augen, jedoch ohne Fahrgast — anfänglich sah man ihn nicht. Blind nennen wir ja auch eine Scheibe, durch die man nichts sehen kann, ein blindes Fenster kann auch nur ein vorgetäuschtes sein. In den Verbindungen blindes Metall, ein blinder Edelstein hat blind die Bedeutung verloren. Der Blinddarm heißt so, weil er nach unten keine Gasse hat. Noch weiter geht die unheimliche Bedeutung des Wortes blind beim blinden Lärm und beim blinden Schrei. Beide gehen das Auge überhaupt nicht an, sie werden wohl gehört, daß sie aber hören sollten, wird niemand verlangen; blind besagt da, daß das Gehörte gegenstandslos, grumblos und zwecklos ist, der Schrei trifft nicht, weil er ohne Gehör abgegeben wird. Beide Geräusche sind gleichsam leer wie eine taube Kuh, eine taube Biene, taubes Erz; taub geht nicht auf das fehlende Gehör, sondern hat aus der Bedeutung empfindungslos die von gefallslos erlangt. Wie Gehör und Gehör verwechselt werden, zeigt auch der ältere Gebrauch des Wortes Donner für Blitz; noch heute fürchten wir: Da soll doch ein Donnerwetter dreinschlagen; wir meinen damit den Blitzstrahl, und diese unsinnliche Ausdrucksweise erklärt sich aus einer ungenauen Beobachtung, die wohl dem Donner hörte, den Blitz aber nicht sah, oder bei der der Mensch von der Schallwirkung mehr erschütterter wurde als von der des Blitzes. So geht auch das Beiwort hell eigentlich auf den Schall oder Hall. Erst in neuerer Zeit ist es auf leichte Farben übertragen worden; der helle Haue ist im 16. Jahrhundert noch das durch lautes Geräusch bemerkbare Meer.

Geschichte

Während kam ein Mann in den Laden. „Sie haben mir gestern Abend statt Infanteriepulver Schwupfstab gegeben. Ich habe die ganze Nacht niesen müssen.“ — „Freue mich, daß sie so glücklich sind. Ich könnte noch heute niesen.“

Sollen Schulkinder Milch trinken?

Von Professor Dr. Schanert, Leipzig.

Ueber die Frage der für Kinder im Schulalter zulässigen Milchmengen bestehen bekanntlich in Deutschland vielfach Meinungsverschiedenheiten. Es ist deshalb sehr interessant, daß vor kurzem in England diese Frage in langjähriger Versuchen an einer größeren Anzahl von Knaben ausführlich behandelt worden ist. Der darüber vom Medical Research Council in Buchform erschienene Bericht liegt jetzt in deutscher Sprache in der Schriftreihe Nr. 4 des Reichsanstaltens zur Verfügung. Die Untersuchungen wurden mit Unterstützung des englischen Gesundheitsministeriums von Dr. Gorry Mann in außerordentlich sorgfältiger Weise angelegt und durchgeführt und genügen den höchsten Ansprüchen, die an solche Versuche zu stellen sind. Sie wurden in einer staatlichen Versuchsanstalt, die 500 bis 600 Schulkinder beherbergt, zu dem Zwecke angelegt, den Wert der Zugabe von 1 Pint = 568 ccm Milch zu einer für Erhaltung und durchschnittliches Wachstum ausreichenden einfachen Nahrungsmitteln festzustellen. Die Knaben, meist Findel- oder Waisenkinder, waren gesunde Kinder im Alter von 7 bis 11 Jahren, und wurden in Gruppen von 80 bis 100 während ein bis drei Jahren im Versuch beobachtet. Jede Gruppe hatte ein eigenes Haus in der dorfsartig angelegten und vorzüglichste äußere Verhältnisse gewöhnlichen Ansehung, so daß keinerlei Mängel an Luft, Sonne, Bewegung usw. bestanden. Die sorgfältig ausgewählten Knaben erhielten eine gemischte Grundkost, die im großen Durchschnitt 68 Gramm Eiweiß (davon etwa 26 Prozent animalisch), 36 Gramm Fett, 318 Gramm Kohlehydrate und insgesamt 1616 Kalorien lieferte. Zu dieser Kost wurden Zulagen gegeben, und zwar erhielt je eine Versuchsgruppe:

1. ein Pint fetter dauerverseifterter und homogenisierter Kuhmilch, die von einer Londoner Firma unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde;
2. eine Zulage von Kalorien in Gestalt von ca. 60 Gramm Zucker;
3. eine Zulage von Fett in Gestalt von ca. 60 Gramm Margarine;
4. eine Zulage von Fett + Vitamin A = 60 Gramm Butter;
5. eine Zulage von Vitaminen allein in Gestalt von Brunnenkreuze;
6. eine Zulage von Eiweiß als Kasein, gleich der Menge, wie in der Grundkost enthalten war.

Den Vergleich aller Wirkungen ermöglichte die genaue Kontrolle der Grundkost während des ganzen Versuches. Die Versuchsergebnisse waren von großer Deutlichkeit, sie wurden ermittelt durch Vergleich der Gewichtszunahme und des Längenzuwachstums. Es zeigte sich ganz eindeutig, daß die Milchzulage bei weitem am besten gewirkt hatte:

61 Knaben, die nur Grundkost erhielten, nahmen im zwölfmonatlichen Durchschnitt	3,85 engl. Pfund an Gewicht und 1,84 engl. Zoll an Länge zu.
41 Knaben, die zur Grundkost Milch erhielten, nahmen dagegen	5,08 engl. Pfund an Gewicht und 2,63 engl. Zoll an Länge zu.
Die Butterzulage hatte Zunahmen von	6,22 engl. Pfund an Gewicht und 2,22 engl. Zoll an Länge erreicht.
Die Margarinezulage aber nur	6,21 engl. Pfund an Gewicht und 1,84 engl. Zoll an Länge.

Die übrigen Zulagen hatten noch geringere Zunahmen erzielt, nur die Brunnenkreuze hatte bezüglich der Gewichtszunahme ein wenig besser wie die pflanzliche Margarine abgemessen (6,42 engl. Pfund), und bei Jucker war das Wachstum mit 1,94 Zoll ein wenig besser. Von recht großem Interesse ist weiter, daß der Gesundheitszustand der Milchtrinker bei weitem der beste war. Wenn auch ernstliche Krankheiten überhaupt in der Beobachtung nicht auftraten, so litten die Milchtrinker auch nicht an kleinen Beschwerden, wie Frostbeulen, Hautjucken der Haut und Blähungen, wie manche Kinder der anderen Gruppen. Ferner machte sich auch eine Zunahme der Verdauungsfähigkeit und des Temperaments bemerkbar, so daß nach 18monatiger Dauer des Versuches ein Beführer, der die gemeinsame Speisekammer der Siedlung zur Mittagszeit betrat, freilich ohne weiteres und ohne Festhalten unter den von 500 bis 600 Knaben besetzten Tischen den Tisch herauswand, an dem die Milchtrinker saßen; sie waren offensichtlich die in besserer Form befindlichen Kinder. Der Versuch zeigt einwandfrei, daß die Zulage von einem reichlichen halben Liter Milch eine bedeutende Verbesserung der Kost bewirkt hat. Mit Recht schreibt das Medical Research Council dies dem spezifischen Qualitäten der Milch in ihrer Gesamtheit zu, die jedesmal möglichen quantitativen Mangel der Nahrung ergingen.

Zur Ausdehnung der Krisen-Unterstützung

Mit Wirkung vom letzten Montag ab ist die Krisenunterstützung grundsätzlich auf alle Berufsgruppen mit Berücksichtigung der starken Verschlechterung des Arbeitsmarktes ausgedehnt worden. Ausgenommen bleiben auf Grund der erschienenen Durchführungsbestimmungen Angehörige solcher Berufsgruppen, deren Arbeitsmarkt auch jetzt noch nicht andauernd besonders ungünstig ist. Es sind dies die Gruppen Bergbau, chemische Industrie, Zellstoff- und Papierherstellung, Metallgewerbe, Getreidegewerbe, Gesundheits- und Körperpflege, häusliche Dienstarbeit, Lohnarbeit wechselnder Art, es bleiben ferner ausgenommen Land- und Forstwirtschaft, soweit es sich nicht um Gärtner handelt, und endlich Angehörige des Baugewerbes.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes nötigt dazu, den Personenkreis der Krisenunterstützung auszuweiten, ferner vorübergehend auch die Bestimmungen über die Bezugsbauer der Krisenunterstützung außer Wirksamkeit zu setzen. Arbeitslose, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aus der Krisenunterstützung ausgeschlossen sind, weil sie die bisherige Höchstbezugsbauer erreicht haben, haben auf Grund der neuen Verordnung Anspruch auf Krisenunterstützung bis zunächst zum 4. Mai 1929.

Es entspricht den Absichten der Reichsregierung, wenn die Landesarbeitsämter von der Ausdehnung der Krisenunterstützung einen so umfassenden Gebrauch machen, wie das nach der ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes geboten ist. Es wird empfohlen, mit Vertretern der beteiligten Berufe Fühlung zu nehmen.

Die unmittelbar und ohne weiteres zur Krisenunterstützung zugelassenen Berufe sind: Gärtnerei, Glasindustrie, Metallbearbeitung und Maschinen, Lederindustrie, Holz- und Schnitzstoffgewerbe, Bekleidungsindustrie, Bühnenmitglieder, Angestellte.

Soweit ein Bedürfnis besteht, sind nunmehr zugelassen: Industrie der Steine und Erden, Spinnstoffgewerbe, Buchbinder und einschlägige Berufe, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (ausgenommen Mäslerei und Getränke), Berufstätigkeiten in Kunstgewerbe, Kunstgewerbliche Berufe, Theater, Musik usw., Gast- und Schankwirtschaft, Verleihsgeerbe, Fabrikarbeiter, Maschinenisten und Heizer aller Art.

Die Befugnisse des Landesarbeitsamtes sind noch weiter ausgedehnt worden. Für Gemeinden unter 50 000 Einwohnern dürfen die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter die Krisenunterstützung auf weitere Berufsgruppen ausdehnen, wenn infolge außergewöhnlicher Ereignisse ein langanhaltender schwerer Notstand auf dem Arbeitsmarkt entsteht. Es dürfen weitere Abrundungen des Personenkreises vorgenommen werden, soweit dies zur Vermeidung offensichtlicher Ungleichheiten erforderlich ist.

Um den Ausbau der Invalidenversicherung

Die Stellung der Reichsregierung zu sozialpolitischen Anträgen des Reichstages

Im Reichstagsausschuß für Sozialpolitik, der unter Vorsitz des Abgeordneten Esser (Zentrum) tagte, gab Reichsarbeitminister Böttcher zu den Anträgen über die Erhöhung der Leistungen in der Invalidenversicherung folgende Erklärung ab:

„Das Reichskabinett hat sich am 20. Februar 1929 in eingehender Beratung mit den im Sozialpolitischen Ausschuss behandelten Anträgen für einen Ausbau der Invalidenversicherung befaßt. Es ist der Meinung, daß angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und unserer reparationspolitischen Belastung eine auch nur teilweise Durchführung dieser Anträge nicht möglich ist. Die Reichsregierung bittet daher, von einer Weiterverfolgung der Anträge, die ja auch von den Antragstellern nur als ein zu erstrebendes Ziel bezeichnet worden sind, Abstand zu nehmen.“

Der Reichsarbeitsminister stellte aber in Aussicht, daß zu der Frage, wie viele Versicherte bei einer Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66% auf 50 v. D. Anspruch auf Rente erhalten würden, noch eingehende Erhebungen in Verbindung mit den Landesversicherungsanstalten auf Grund des bei diesen vorliegenden Materials angestellt werden sollen. Auch sollen Ermittlungen über Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit der über 60 Jahre alten Arbeiter vorgenommen werden.

Der Ausschuss erklärte sich in seiner Mehrheit mit den Ausführungen des Ministers einverstanden und vertagte seine Verhandlungen über diese Sache bis zu dem Zeitpunkt, wo das Ergebnis der Erhebungen vorliegen wird.

Die Regierung hält ein Rentenreformgesetz für undurchführbar

In der Sitzung, in der die Reichsregierung diese vom Reichsarbeitsminister angegebene Stellung zu den Anträgen zur Invalidenversicherung festgelegt hatte, hatte sich das Reichskabinett auch mit den sozialpolitischen Beschlüssen befaßt, die der Reichstag am 19. Februar in der Rentenreformgesetzfrage gefaßt hat. Die Reichsregierung war einstimmig der Auffassung, daß die Reichstagsentschließung, die ein selbständiges Rentenreformgesetz in Verbindung mit einem Gesetz über Inzessionssteuern verlangt, undurchführbar ist. Dagegen wird die Reichsregierung die vom Sozialpolitischen Ausschuss einstimmig angenommene und vom Reichstag gebilligte Entscheidung wegen Verbesserung der Fürsorgeverpflichtung zugunsten der Rentenrentner durchzuführen; dies entspricht auch der Regierungserklärung vom 3. Juli 1928.

Neuhort ehrt Karl Schurz

Der stellvertretende Bürgermeister von Neuhort hat die Aufforderung an die Bürgergemeinde erteilt, das Andenken von Karl Schurz an dessen 100. Geburtstag am 2. März durch Aushängen der Nationalflagge zu ehren. Der Aufruf besagt: „Nachdem sich Karl Schurz für die Sache der Freiheit in seinem deutschen Vaterlande verdient gemacht hatte, bewies er Liebe zu seinem neuen Vaterlande, indem er bei Ausbruch des Bürgerkrieges von seinem Posten als Gesandter in Spanien zurücktrat und in die Arme für die Erhaltung der Republik eintrat. Während des Krieges und in seinem späteren Leben gab er unserem Volk ein leuchtendes Beispiel der Mithrasanerkennung.“

Turnen * Sport * Spiel

Ämliche Bekanntmachung des Schiedsrichter-Ausschusses des Saues Erzgebirge im V. M. S. D.

Umstandeshalber findet die nächste Schiedsrichtervollversammlung am 9. März 1929, nachmittags um 17.30 Uhr, im Gasthaus Rudental in Aue statt. Alle Schiedsrichter haben zu erscheinen. Entschuldigungen werden nur bei zwingenden Gründen schriftlich anerkannt, andernfalls Bestrafung erfolgt. Wir haben alle Schiedsrichter die noch ausstehenden Anforderungsgebühren vom vergangenen Spieljahr unverzüglich abzuführen; dieses ist die letzte Aufforderung, dann erfolgt Bestrafung.

BFB. Aus-Zelle (Fußball).

Morgen, am Freitag, dem 1. März, abends um 8 Uhr, findet im Vereinsheim die bereits angekündigte außerordentliche Spielerversammlung statt. Sportkollegen, kommt alle, die Tagesordnung ist für dieses Mal sehr wichtig. Es werden besonders die auswärtigen Sportkollegen herzlich eingeladen (von Oberplammsfeld, Schaeberg, Löhnitz usw.).

Am kommenden Sonntag sind sämtliche Mannschaften spielfrei. In acht Tagen, am 10. März, weilen die I., II., Jugend und Alle Herren der „Victoria“, dem jetzigen Gaumeister der 1. Klasse, in Lauter.

Wintersport

Das große Pokalspringen an der neuen Hans Heinz-Schanze in Johannegeorgenstadt

Der große Sprunglauf findet nunmehr bestimmt am nächsten Sonntag, dem 3. März nachmittags um 1 Uhr statt. Das Springen wird ein Ereignis für unser Erzgebirge werden. Der Winterportverein Johannegeorgenstadt hat keine Kosten und Mühe gescheut, um erstklassige Springer an die neue große Schanze zu holen. Die Befehung weist die bekanntesten Namen aus Sachsen, Thüringen, dem Riesengebirge, dem Harz, aus Bayern und der Tschechoslowakei auf. Darunter die zurzeit in Hochform befindlichen, direkt vom Vänderspringen in Tirol kommenden Thüringer Red-nagel und Wagner. Weiter Walter Fein-Gablonz, der mehrmalige deutsche Meister Endler aus dem Riesengebirge usw. Aus Sachsen die bekannten Springer aus Utschberg, Klingenthal, Oberwiesenthal, Johannegeorgenstadt usw. Der Pokalsprunglauf ist die letzte große Veranstaltung an der Hans Heinz-Schanze in diesem Winter.

Die deutschen Regler tagen in Leipzig

Sabungsgemäß hat in festgesetzter Zeit vor einem Bundeskongress die Sitzung des Gesamtvorstandes des Deutschen Reglerbundes stattgefunden, die die Grundlinien für das kommende Jahr fest zu entwerfen hat. Diese Versammlung wurde am letzten Sonntag in Leipzig, der fünftägigen Feststadt, abgehalten und war aus allen Ecken des Deutschen Reiches sehr zahlreich besucht. Ihr gingen eine Anzahl Vorversammlungen des Sports- und Preßauschusses sowie des geschäftsführenden Vorstandes voraus, die das umfangreiche Arbeitsgebiet vorbereiteten.

Am stärksten nahmen die Vorbesprechungen für das 17. Deutsche Bundesfest vom 13. bis 18. Juli in Leipzig die Hauptversammlung in Anspruch. Die wichtigsten Beschlüsse aus der Festordnung, die wir an anderer Stelle bringen werden, sind folgende: Das Fest ist in diesem Jahre auf sechs Tage beschränkt worden. Hatten die Sitzungen des Sportschusses den Arbeitsplan über die sportlichen Kämpfe festgelegt, so dienten die Beratungen der Vollversammlung der wirtschaftlichen Sicherung des Festes. Der Haushaltsplan des Festes wurde genehmigt. Der bisherige Verlauf des Geschäftsjahres hat die ausführenden Bedingungen für ein großartiges Bundesfest geschaffen, ist doch seit Beginn des Jahres die Mitgliederzahl um 14 000 gewachsen, so daß der Deutsche Reglerbund heute eine Mitgliedschaft von über 85 000 Mitgliedern sein eigen nennt.

Auch der Rassenbericht gab ein so erfreuliches Bild, daß trotz der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse an die Durchführung des Bundesfestes gedacht werden kann. So sind denn auch wie üblich 50 000 Mark als bundesseitiger Festbeitrag bewilligt worden, die als Mittel zur Beschaffung von Ehrenpreisen und als Zuschuß zum Bau von Sportbahnen Verwendung finden sollen.

Das sportliche Ausmaß des Festes

wird alle bisherigen Bundesfeste übertreffen, dafür zeugt nicht

nur die Anzahl der vorgesehenen Bahnen (80 Asphalt-, 9 Scheren-, 20 Bodelbahnen und eine internationale Parlebahnen), sondern auch die Reichhaltigkeit der sportlichen Ausschreibungen. Zur weiteren Vorkarbeit sind dem festausführenden Leipziger Verband der I. und S. Vorsitzende des Sächsischen Reglerbundes (Karl Schneider und Otto Buchholz-Dresden) und der Sächsische Bundesgeschäftsführer (August Kar mann-Dresden) als Berater zur Seite gestellt worden. De weiterem sind die sorgsam vorbereitete

Gründung einer freiwilligen Sterbekasse des D. R. V.

Ihre endgültige Beschlußfassung. Damit hat sich zu der bereits vorhandenen Unfall- und Hospitalthversicherung eine neue Quelle sozialer Fürsorge für die Mitglieder erschlossen. Obgleich die bereits äußerlich durchgeführte Presseorganisation durch die Schaffung einer Bundespreßstelle und die Ernennung eines Bundespreßwartes (Arthur Böhrer-Dresden) ihre endgültige Durchführung.

Aus den Beschlüssen des Deutschen Sportauschusses ist hervorzuheben, daß zu dem bisher bestehenden Dreibahnensystem auch noch die Zehnlegetriebbahn (internationale amerikanische Parlebahn) vom Bund offiziell Anerkennung und Verwendung findet und daß auch für die Frauensportlerinnen ein Bundespreßwart geschaffen wurde. Als Ordnung aber folgte der einstimmige Beschluß, zu dem internationalen

Bowling-Turnier vom 5. bis 10. Juni in Stockholm

eine Fünfermannschaft mit Erfahrmann, die sich zugleich in drei Zweiermannschaften teilen, zu entsenden.

Der D. R. V. selbst wird vertreten sein durch seinen Vorsitzenden und Schatzmeister, Paul Schulz und Heinrich Adert, den Bundespreßwart Kurt Deder und vielleicht durch den I. Vorsitzenden des S. R. V. (Gau Sachsen) Karl Schneider.

Auch das Saargebiet soll geraubt werden

Eine Rede des Vorsitzenden des französischen Industriellenverbandes im Saargebiet

Die „Union du commerce et de l'industrie“ in Paris, deren Vorsitzender der ehemalige Vorsitzende der Reparationskommission, Abgeordneter Dubois, ist, hat in Paris ein Bankett veranstaltet, dem sich Vorträge des Generaldirektors der französisch-saarländischen Handelskammer in Saarbrücken, Drouard, und des Vorsitzenden des französischen Industriellenverbandes im Saargebiet, Bommelard, anschlossen. Als Berichterstatter waren nur einige Vertreter der französisch-saarländischen Presse und viele Vertreter der großen englischen Prärieren geladen. Nachdem Drouard in seinem Vortrag die enge Verbindung der saarländischen mit der französischen Wirtschaft gezeichnet und dargelegt hatte, daß das Saargebiet ein ungeheures Absatzgebiet für die französische Industrie sei, brachte der Vorsitzende des französischen Industriellenverbandes im Saargebiet, Bommelard, sein tiefstes Bedauern darüber aus, daß das Saargebiet in Versailles nicht Frankreich zugesprochen wurde, und entwarf einen Plan zur Französisierung des Saargebietes. Die wirtschaftliche Zukunft des Saargebietes liege in der Zollunion mit Frankreich, da die Saarlohle auf die lothringische und luxemburgische Hüttenindustrie angewiesen sei. Da Frankreich große Kapitalien im Saargebiet angelegt habe — es handelt sich um 250 Millionen Goldfranc —, so müsse die französische Regierung im Jahre 1935 vom Böhlerbund eine Regelung verlangen, die der Redner als „im Interesse der Saarbevölkerung gerecht“ bezeichnete. Die Sachverständigen des Böhlerbundes, so fuhr er fort, würden nicht zugeben, daß die Saarländer in das deutsche Gefängnis (!) zurückkehren müssen, um dort als nationale Minderheit behandelt zu werden. Das Problem sei nur in dem Sinne zu lösen, daß eine Art wirtschaftlichen Konsulates nach 1935 im Saargebiet errichtet würde.

Neuer Kurs in Rußland?

Opposition gegen Stalin

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: „Nach Mitteilungen, die außerhalb Sowjetrußlands verbreitet sind, aber begründeter erscheinen als gewöhnlich die Nachrichten aus den Grenzstaaten, hat sich in Moskau die Opposition — die sogenannte Rechtsopposition — gegen den allmächtigen Stalin so sehr verschärft, daß die Situation als äußerst gespannt bezeichnet werden muß. Infolge der außerordentlichen wirtschaftlichen Notlage, für die Stalins Politik verantwortlich gemacht wird, habe diese Rechtsopposition, die noch vor kurzem keine offenen Schritte wagen konnte, sehr an Schlagkraft gewonnen, und Bukarin, Rykow und Tomsel betreiben jetzt mit einer bisher nicht möglich gemessenen Kühnheit die Entfernung Stalins. Sie sollen die Abdankung Stalins in einem Briefe an das Politbüro gefordert und auch an das Präsidium des Sowjetregimentkomitees einen solchen Antrag gerichtet haben. Die Mehrheit des Präsidiums hat sich angeblich auf ihre Seite gestellt. Dennoch möchten wir uns auch für den Fall, daß diese Nachrichten zutreffen sollten, daran erinnern, daß unser Moskauer Berichterstatter immer dargelegt hat, die größere Energie und die robustere Hartnäckigkeit seien bei Stalin, und er allein halte schließlich die Fäden in der Hand. Aus Grund dieser Tatsache muß man unseres Erachtens einstweilen den Bemerkungen der Opposition, auch wenn die darüber verbreiteten Mitteilungen völlig zutreffend sein sollten, mit abwartendem Skeptizismus gegenübersehen.“

Gillhangbot tschechoslowakischer Kommunisten für Trotzki

Der von der kommunistischen Opposition in Brunn gegründete Ausschuss zur Rettung Trotzki, der bestrebt ist, Trotzki einen Kurzaufenthalt in der Tschechoslowakei zu ermöglichen, hat, Blättermeldungen zufolge, am letzten Donnerstag ein deutsches Sprach abgesetztes Telegramm für Trotzki an die Sowjetgesandtschaft in Ungarn geschickt und Trotzki um Mitteilung darüber gebeten, ob er in die Tschechoslowakei zur kommen wolle. Dieses Telegramm ist mit dem Vermerk: „Adressat unbekannt“ zurückgekommen. Am 26. d. M. wurde ein weiteres Telegramm für Trotzki an das russische Konsulat in Konstantinopel mit französischer Adresse und deutschem Text abgeandt. „Libove Roviny“ meldet, daß Trotzki auf das Telegramm geantwortet habe, er sei bereit, in die Tschechoslowakei zu kommen. Trotzki wolle aber darauf sein, daß er die heimliche Bestätigung abwarten müsse.

Die „Saarbrücker Zeitung“ bemerkt dazu, nachdem sie Bommelard als den Haupttreiber der französischen Annetionisten gekennzeichnet hat: Über jedes Maß hinaus geht der Schimpf, den Bommelard den Saardeutschen angetan hat, indem er vom deutschen Gefängnis spricht, in dem die Saarländer als nationale Minderheit behandelt werden würden. Das ist eine grobe und bewusste Beleidigung unseres deutschen Vaterlandes. Wir sind nicht geonnen, uns eine so freche Beleidigung bieten zu lassen. Wir fordern von der Regierungskommission des Saargebietes, daß sie im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit diesen Mann zum Fortgehen aus dem Saargebiet veranlaßt. Wir verlangen den Gehru des Böhlerbundes gegen diese Beleidigung anzuweisen.